

**Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!**

**Kuba:**

## Der Parteitag ist vorbei, die Arbeit beginnt

Wie allseits bekannt, fand vom 16. - 19. April diesen Jahres der lange verschobene VI. Parteitag der Kommunistischen Partei Cubas statt, um die „Richtlinien zur Wirtschafts- und Sozialpolitik“ zu diskutieren und zu ratifizieren. Der Kongress war so gelegt, dass er zeitlich sowohl mit dem 50. Jahrestag der Invasion in der Schweinebucht als auch mit der Proklamation des sozialistischen Charakters der Revolution zusammenfiel.



Nachdem seit Dezember 2010 mehr als 8 Millionen Cubanerinnen und Cubaner überall im Land an rund 163.000 Versammlungen teilgenommen und ihre Vorschläge eingebracht hatten, mussten diese nun debattiert und schließlich vom Parteikongress verabschiedet werden. Wenn man bedenkt, dass die PCC rund 800.000 Mitglieder hat, kann man erkennen, dass die Debatte weit über die Parteigrenzen hinaus ging und das ganze Volk bewegte.

Die Berücksichtigung der Vorschläge und Bedenken aus dem Volk war nun eine logistische Herausfor-

derungen, die brilliant gelöst wurden. In jeder Provinz wurden alle Bedenken und Vorschläge gesammelt und zu Änderungsvorschlägen verarbeitet.

Während des Kongresses nun wurden die 291 Richtlinien von ihrem Themenschwerpunkt ausgehend auf fünf verschiedene Kommissionen verteilt. Darin saßen die Delegierten aus den Provinzen und zum Thema eingeladene Experten. Für Delegierte und Fernsehzuschauer sichtbar erschienen nun die einzelnen Richtlinien und gegebenenfalls die von den jeweiligen Provinzen vorgeschlagenen Änderungen. Die Vertreter der Provinz, die eine Änderung vorgeschlagen hatte, begründeten ihren Vorschlag. Daraufhin wurde darüber diskutiert und schließlich darüber abgestimmt. Dabei kam es oft zu äußerst knappen Ergebnissen.

Am Ende wurden 16 der ursprünglichen Richtlinien in andere eingebaut, 94 blieben, wie sie waren, 181 veränderten ihren Inhalt und 36 entstanden neu.

Am meisten bewegte das Volk die angekündigte Abschaffung der Libreta (Büchlein, mit dem man bestimmte Grundnahrungsmittel zu ganz niedrigen Preisen erwerben kann), die Preispolitik, der Transport von Fahrgästen, die Verbesserung des Schulsystems, die Verbesserung der Qualität von Dienstleistungen und die Währungseinheit.

**Während des ganzen Parteitages wurde offensichtlich, dass in den Diskussionen zwei Richtungen innerhalb der Partei existierten.**

Die eine, die mehr Markt wollte, die andere, die dem Markt beschränken wollte. Beide versuchten jetzt das Dilemma der cubanischen Ökonomie zu lösen.

Deren Hauptproblem ist der zunehmend geringe Wachstumsrhythmus.  
*Fortsetzung auf Seite 3*

### Inhalt

Kuba: Der Parteitag ist vorbei, die Arbeit beginnt	S. 1
Die nicht gehaltene Festspielrede 2011	S. 8
Die Spaltung der KPO 1938	S. 10
Zur Situation des politischen Gefangenen Ricardo Palmera in den USA	S. 17
Die Legende wird fortgeschrieben	S. 19
Gedankenwelt Chinas als rationaler Gegenentwurf	S. 22
Ein offener Sozialismus	S. 24
Emanzipatorisches Denken in Jiddischen Liedern	S. 26

## In eigener Sache

Der 125. Geburtstag des ehemaligen KPD-Führers Ernst Thälmann, der von den Nazis im KZ ermordet wurde, hat die Diskussion um seine Person und um die damalige Linie der KPD neu entfacht. In den Gedenkveranstaltungen wie auch in verschiedenen Publikationen ging es dabei weniger um eine kritische Sicht, sondern eher um eine Fortschreibung der DDR-Legende. Dabei hat gerade diese ultralinke und stalinhörige Politik der KPD unter Thälmanns Führung zur Spaltung der Arbeiterbewegung beigetragen. Sie trägt damit auch eine Mitschuld an der Niederlage gegen den Faschismus. Die Gründung der RGO richtete sich gegen die von den Sozialdemokraten dominierten Gewerkschaften; die Sozialdemokraten wurden als „Sozialfaschisten“ bekämpft. Die notwendige „Einheitsfront“ gegen den Faschismus konnte so nicht zustande kommen. Die deutsche Arbeiterbewegung war durch diese falsche Taktik der KPD kampfunfähig geworden. Die kampflose Niederlage und auch der Niedergang der kommunistischen Bewegung in Deutschland waren die Folge. Alle, die sich gegen diesen verhängnisvollen Kurs stemmten, wurden diskriminiert und ausgeschlossen. Viele von ihnen fanden in der dadurch entstandenen KPO eine neue Kampfbasis; sie waren aber zu schwach, um sich gegen den Apparat der KPD durchzusetzen.

Der ehemalige DDR-Wissenschaftler und Autor Dr. Ronald Friedmann hat nun im Rundbrief „Rechtsextremismus – Antifaschismus“ (PDL) dem Thälmann-Report und der einseitigen Thälmann-Forschung von Czichon/Mahron eine Richtigstellung entgegengesetzt. Da sie sich weitgehend mit unserer Auffassung deckt, bringen wir einen Nachdruck seiner Ausarbeitung.

### Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thomas Gradl, Bucherstr. 20, 90408 Nürnberg, Druck: Eigendruck im Selbstverlag. Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl, Postfach 910307 90261 Nürnberg  
e-Mail: [redaktion@arbeiterstimme.org](mailto:redaktion@arbeiterstimme.org)  
[www.arbeiterstimme.org](http://www.arbeiterstimme.org)

Bankverbindung: Hans Steiger, Postbank München, BLZ 700 100 80, Konto: 665924-808. Für Überweisungen aus dem Ausland: Iban: DE 85 7001 0080 0665 9248 08  
BIC PBNKDEFF

Der nach dem Krieg im schwedischen Exil verbliebene KPO-Genosse Erwin Gräff war viele Jahre Autor der „Arbeiterstimme“. Lange vor seinem Tod 1994 hat er uns verschiedene Papiere übergeben. Wir sind erst spät darauf aufmerksam geworden, dass darunter seine Analyse „Die Spaltung der KPO 1938“ war. Erwin Gräff erklärt darin die Zuspitzung der Differenzen in einer spannungsgeladenen Zeit am Vorabend des II. Weltkrieges mit den dramatischen Ereignissen in Europa. Die Zentrale der KPO im Exil war isoliert, die Parteibasis im Nazi-Reich von schweren Verlusten getroffen; so mußte auch die Leitung der KPO dem Zusammenbruch aller ihrer Bemühungen und Hoffnungen ins Auge sehen. Es war das Verdienst von Erwin, nicht den psychologischen Zustand dieser kleinen Leitungsgruppe in den Vordergrund zu stellen. Das eine hängt zwar mit dem anderen zusammen; doch mit Recht hat der Verfasser diese schweren Auseinandersetzungen abgeleitet vom dramatischen politischen Weltgeschehen, das auch das Scheitern der KPO vor dem übermächtigen faschistischen Feind kennzeichnete, wie es auch den Bemühungen im eigenen Lager damit den Endpunkt setzte. Die dialektische Herangehensweise zeichnet diese Analyse aus. Sie soll hiermit einem größeren Kreis zugänglich gemacht werden.

Während die imperialistischen Mächte uns tagtäglich vorgaukeln, alles nur wegen der Menschenrechte zu tun – sogar Kriege deshalb zu führen – arbeiten sie selbst mit Unterdrückung, Folter und Lügenkampagnen. Man braucht nur an

Wir danken allen Zahlern und Spendern herzlich. Die Urlaubszeit hat eine finanzielle Lücke gerissen. So appellieren wir wieder um Unterstützung!

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

Guantanamo zu erinnern. Doch die Einzelfälle sind weniger bekannt. Deshalb prangern wir als Beispiele an, wie mit dem Häftling Palmera in den USA umgegangen wird; ganz zu schweigen vom Indianerführer Peltier, der das Licht der Prärie wohl nie mehr erblicken soll. Der schweizer Publizist Jean Ziegler hat wieder eindringlich gegen die kapitalistische Welt Generalanklage erhoben und Stellung bezogen für die Millionen Hungernenden und Verhungernenden in der Welt. Wir bringen den Text seiner nicht gehaltenen Rede, weil er immer noch zu wenig bekannt ist.

Wie es in Kuba weitergeht und wohin die Reformen dort führen, bleibt für jeden Linken weiterhin spannend. Auch hier ein Nachdruck, zur besseren Information

Eine Buchbesprechung aus der Schweiz zum Zukunftsthema Sozialismus rundet die Nummer ab.

**Wir laden ein zu unserer Jahreskonferenz in Nürnberg am 15. und 16. Oktober.**

**Näheres und Anmeldungen über unsere Redaktionsadresse oder Tel. 0911/5180381**

**Themen:**

- 1. Zum 40-jährigen Bestehen der Gruppe Arbeiterstimme**
- 2. Die Krise des Kapitalismus erschüttert die Welt**
- 3. Auswirkungen auf Spanien**
- 4. warum kann die Linke daraus keinen Nutzen ziehen? : Prof. Anton Latzo**
- 5. Diskussion zur innenpolitischen Situation**
- 6. zur Lage in Großbritannien**

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

mus des BIP. Das geht einher mit der Schwierigkeit, die Auslandsschulden zu bezahlen. Ein weiteres Problem ist die Tatsache, dass 76% der Staatseinnahmen über den Sektorservice laufen, was zu einer großen Abhängigkeit von Venezuela führte. Die hohen Preise auf dem Weltmarkt vergrößern die Probleme noch. Nur wegen dieses Preisanstiegs muss Cuba in diesem Jahr 800 Millionen Dollar mehr für die gleiche Menge ausgeben, als geplant.

Dies lässt sich als Dauerzustand nicht länger aufrecht erhalten. Bereits in den 90er Jahren, zu Beginn der Sonderperiode, standen praktisch die aktuell vorgesehenen Veränderungen bereits auf der Tagesordnung. Aber damals war das Volk so gebeutelt, dass man vor den hohen Kosten zurückschreckte und jede Veränderung nur langsam und selektiv vornahm.

Jetzt haben sich die Probleme so angehäuft, dass keine Zeit mehr bleibt, um deren Lösung zu verschieben. Wie Raúl Castro es ausdrückte: *„Wir können nicht mehr weiter am Abgrund balancieren.“*

Aber die neuen Richtlinien, die jetzt vom Kongress verabschiedet wurden, verändern auf grundlegende Weise die Rolle, die dem Staat zukommt und orientieren die Wirtschaft auf eine Planung hin, die funktioniert, indem sie den Markt berücksichtigt.

Ein Teil der vom Kongress verabschiedeten Maßnahmen war ja bereits vorher angekündigt, in die Praxis umgesetzt und sogar schon Gesetz geworden wie z.B. die Einstellung von Arbeitern durch Private, die Umstrukturierung der Unternehmen, die Reform des Abgabensystems, die Erweiterung der Möglichkeiten, *„auf eigene Rechnung“* zu arbeiten, etc.

Die Hauptrichtung aller vorgeschlagenen und vom Kongress mit einigen Änderungen verabschiedeten Maßnahmen läuft nun auf eine Erweiterung des nichtstaatlichen Sektors hin. Neben der Ausweitung der Lizenzen für Selbständige werden auch die Bereiche vergrößert, in

denen ausländische Investitionen erlaubt sind.

Um größere Effizienz zu erzielen, wird dem Management und den Leitungen der staatlichen Betriebe mehr Autonomie gegeben. Sie können sowohl untereinander als auch mit dem nichtstaatlichen Sektor Handel treiben. Dies soll zu den Bedingungen des Marktes und über Verträge laufen. Als Folge davon werden Firmen, die Verlust machen geschlossen.

Besondere Betonung wird auf materielle Anreize für Arbeiter gelegt, um die Produktivität zu steigern. Hier wird eine größere Spanne bei den Löhnen erlaubt, die an die Produktion und die Produktivität gebunden sein soll. Gleichzeitig läuft eine Kampagne, nach der *„exzessive Subventionen und unnötige Gratiszuwendungen“*

*(...) „nach und nach abzuschaffen sind“*. Das würde auch besagte *„Libreta“* betreffen.

All diese Maßnahmen zusammen genommen, würden sicherlich zu einer größeren Ungleichheit in Cuba führen. Der bereits in der letzten Cuba Libre zitierte cubanische Ökonom Omar Everleny, stellvertretender Direktor des Studienzentrums für Cubanische Ökonomie (CEEC) spricht in einem Artikel in Le Monde Diplomatique auf die Maßnahmen eingehend von *„einer brutalen Veränderung“*.

Trotzdem unterstreichen sowohl das Dokument als auch die offiziellen Reden während des Kongresses, dass diese Maßnahmen nicht darauf hinauslaufen, dass der Staat die Macht über die Wirtschaft oder das Prinzip der Planung aufgeben wird. *„Das ökonomische System, das in unserem Land vorherrschen wird, wird weiterhin auf dem sozialistischen Eigentum des ganzen Volkes über die wesentlichen Produktionsmittel basieren“*, heißt es in der Einführung. Richtlinie Nummer 1 jedoch führt weiter aus: *„Das System der sozialistischen Planung wird weiterhin der hauptsächliche Weg sein, die nationale Ökonomie zu führen. (...) Die Planung wird den Markt berücksichti-*

*gen, ihn beeinflussen und seine Eigenschaften berücksichtigen.“*

Es gilt zu sehen, wie man die Kräfte der Marktwirtschaft beherrschen will, die, von einem großen Weltmarkt unterstützt, leicht eine schwer zu kontrollierende Eigendynamik entwickeln könnten.

Aber bei den Diskussionen während des Kongresses ist deutlich geworden, dass eine große Anzahl von Zusätzen, die schließlich in den ursprünglichen Text aufgenommen wurden, darauf abzielen, die Maßnahmen in Richtung Markt abzuschwächen. So wird jetzt die bereits erwähnte Libreta nicht, wie ursprünglich vorgesehen, sofort abgeschafft, sondern erst allmählich und unter Berücksichtigung des Einkommensniveaus der Bevölkerung. Auch das Vorhaben, eine halbe Million Arbeitsplätze bereits im April diesen Jahres im staatlichen Sektor einzusparen, konnte gegen den Willen der Arbeiter und noch ohne wirkliche Alternative nicht durchgesetzt werden.

Um die Wirtschaft wirklich in Gang zu bringen, braucht es noch organisatorische Voraussetzungen, aber auch eine Änderung in der Mentalität der Cubaner. Es liegt nahe, dass, wenn fünf Menschen die Arbeit von einem Menschen erledigen und dafür bezahlt werden, dies nicht die Produktivität steigert. Die Folge davon sind Löhne, die oftmals nicht ausreichen, um davon zu leben. Trotzdem kam man mit Libreta und dem einen oder anderen Geschäftchen meistens über die Runden. Es gab eine Vollbeschäftigung, die eigentlich keine war, aber sie vermittelt ein Gefühl der sozialistischen Sicherheit. Jetzt sind viele verunsichert, weil es die unbedingte Garantie auf eine Arbeitsstelle nicht mehr geben soll, andererseits aber auch noch nicht ganz klar ist, wie sich das Neue entwickeln wird.

Wenn der Lohn sich jetzt nach der Produktivität des Betriebs richtet, hat eine höhere Produktivität auch höhere Löhne zur Folge. Auch die Leitung des Betriebs kann die Verantwortung für ihre Entscheidungen nicht mehr nach oben abgeben. Sie steht jetzt unter dem Druck der Arbeiter, die z.B. nicht zulassen werden, dass nicht produziert werden kann, weil die Rohstoffe zu spät bestellt wurden. Alle sind daran interessiert, dass der Betrieb funktioniert. Wenn



nicht, wenn er Verluste einführt, wird er geschlossen. Die Zeiten, wo man ihm dann mit Mitteln des Staatshaushalts diese Verluste ausgeglichen hat, sollen jetzt vorbei sein.

Im Dezember fragte sich Barbara Betancourt von Radio Habana Cuba in einem Artikel: „Wie kann es zu einem wirklichen Wachstum kommen, wenn im letzten Jahrzehnt nicht einmal der Investitionsplan erfüllt wurde, mit so katastrophalen Jahren wie dem letzten, in dem kaum die Hälfte des Vorgesehenen durchgeführt wurde? Wo es Unternehmen gibt, die eine ununterbrochene Geschichte von Verlusten aufweisen und mehr als 1,5 Millionen Arbeiter nicht wirklich eine Arbeit machen, die den Lohn rechtfertigt? Wenn die größten Beiträge zum Bruttoinlandsprodukt Cubas von den Dienstleistungen und nicht aus dem Produktionssektor kommen, während der Staat fast 88% aller normierten Produkte, die an die Bevölkerung verkauft werden, subventioniert oder gratis abgibt?“

### Diese Misere der nicht eingehaltenen Verträge

hat Raúl Castro auch in seiner Grundsatzrede zum Parteitag hervorgehoben. Sinngemäß stellt er darin fest, dass es in cubanischen Betrieben eine Unmenge von Betriebsversammlungen gibt. (Jedem, der mit cubanischen Betrieben zu tun hat, ist sicher schon aufgefallen, dass immer jemand in einer „reunión“ ist.) Ein Grund dafür ist, dass sich kaum einer an die geschlossenen Verträge gehalten hat. Normalerweise ist es so, dass, wenn zwei Seiten einen Vertrag unterschrieben haben mit allen Rechten und Pflichten, man auch über dessen Einhaltung nicht unentwegt diskutieren braucht. Es wird aber dauernd diskutiert, weil er nicht eingehalten wird. Anscheinend hat das bis jetzt niemanden wirklich beunruhigt, weil noch nie vor den entsprechenden Instanzen wegen Nichteinhaltung geklagt wurde, obwohl das auch vertraglich festgelegt ist.

Durch die neue Struktur der staatlichen und nichtstaatlichen Betriebe soll sich das jetzt ändern. Raúl sagte in seiner Rede: „Unsere Unternehmen, von Ausnahmen abgesehen, haben es sich in der Ruhe und Sicherheit der Wartehaltung bequem gemacht und eine

Allergie gegen das Risiko entwickelt, das mit jeder Aktion einhergeht. Wenn man Entscheidungen trifft, kann man richtig liegen oder sich irren.“

Ein weiterer Punkt des Problems ist laut Raúl Castro, dass frühere Parteitagbeschlüsse und Gesetze sofort in der Schublade verschwunden sind und niemals angewandt wurden. Das soll jetzt nicht noch einmal vorkommen. Es werden jetzt speziell Kader dafür ausgebildet, die die Einhaltung überwachen und auf jeder Sitzung des ZK und der Nationalversammlung sind die neuen Gesetze und Bestimmungen, deren Einhaltung, aber auch deren Auswirkungen erster Tagesordnungspunkt.

Das ist auch aus einem weiteren Grund wichtig. Falls die Dinge nicht so laufen, wie geplant, möchte man sofort eingreifen und nicht erst warten, bis das Problem gravierend wird.

Wie Noel Carrillo als Gast auf dem UZ-Pressfest in Dortmund immer wieder betonte. „Wir können es uns nicht leisten, einen schwerwiegenden Fehler zu machen.“



Der Kongress hat hervorgehoben, dass es wichtig ist, zwischen Staat und Partei und Regierung und Unternehmen zu unterscheiden. Damit soll eine langjährige Praxis zu Ende gehen, nach der die Partei faktisch eine Entscheidungsgewalt bis hin zur Besetzung des kleinsten Betriebs hatte. Letztendlich mussten alle Unternehmensleiter sich der Parteimeinung unterordnen. Jetzt sollen alle Fachkenntnisse das Kriterium sein. Ein guter Arzt ist nicht notwendigerweise ein guter Krankenhausdirektor, ein treues Parteimitglied nicht unbedingt ein fähiger Ingenieur. Dazu gehört auch, dass man Positionen im Staat einnehmen kann, ohne Mitglied der Partei sein zu müssen.

Es wurde deutlich gemacht, dass die Partei Richtlinien und Direk-

tiven erlässt. Diese sind aber nicht für alle bindend, sondern nur für Parteimitglieder und auch da gilt nur die moralische Autorität. Die Partei verfügt nicht über eine Durchsetzungsgewalt. Der Staat jedoch verfügt über diese Durchsetzungsgewalt und ist dafür zuständig, dass die Vorlagen, die durch die Nationalversammlung zu Gesetzen wurden, auch ausgeführt werden.

Dass dies oft durcheinandergebracht wurde, hat zur Schwächung der politischen Arbeit der Partei und zur Verminderung der Autorität von Staat und Regierung geführt.

### Der Kongress hat sich für Strategien der Dezentralisierung ausgesprochen.

Die Verkleinerung des administrativen Apparats von Staat und Regierung zugunsten der örtlichen Regierungen und den Ministerien soll weiter gehen, die Autonomie des Unternehmertums soll respektiert werden und nichtstaatliche Formen gefördert werden.

Neben den staatlichen Betrieben, den Joint-Venture Unternehmen und den „Arbeitern auf eigene Rechnung“ sind Kooperativen eine nichtstaatliche Form, der in den vom Kongress verabschiedeten Richtlinien ein Kapitel gewidmet ist. „Es werden in verschiedenen Sektoren Kooperativen ersten Grades als eine sozialistische Form des Eigentums geschaffen, die eine ökonomische Organisation mit juristischer Person und eigenem Vermögen bilden und aus Personen bestehen, die Güter oder Arbeit einbringen mit dem Ziel zu produzieren oder für die Gesellschaft nützliche Dienstleistungen erfüllen und für alle Unkosten mit ihrem Einkommen aufzukommen.“ Sie dürfen als Sozialeigentum nicht verkauft werden, sie dürfen Verträge mit anderen Kooperativen eingehen und, nachdem sie ihre Verpflichtungen dem Staat gegenüber erfüllt haben, ohne Zwischenhändler frei verkaufen.

Sie dürfen auch, wenn sie Steuern und Abgaben bezahlt haben, die Einkünfte ihrer Arbeiter bestimmen. Es gibt dann auch noch Kooperativen zweiten Grades, die den anderen Kooperativen zuarbeiten, indem sie z.B.

den Wert der Waren erhöhen und die mit den Kooperativen ersten Grades Einkauf und Verkauf gemeinsam tätigen, um effizienter zu sein.

### Die Kooperativen könnten ein Weg zwischen staatlichen Unternehmen und Arbeit auf eigene Rechnung sein.

Am 17. Juni hat der Minister entschieden, dass die Arbeiter aller 178 Berufe, in denen man selbständig arbeiten darf, jetzt selbst Arbeiter einstellen können. Vorher war dies nur 83 Berufen gestattet. Der größte Teil der neuen Geschäfte sind Essensstände oder Familienrestaurants. Bis jetzt gibt es keine administrativen Beschränkungen bei der Einstellung des Personals. Die Steuern sind jedoch explizit so gestaltet, dass ein Unternehmen mit mehr als zehn Angestellten von der Steuerlast erdrückt würde.

Diese Entscheidungen sind sicher die einschneidendsten. Noch im Dezember hatte der cubanische Vizepräsident Marino Murillo geäußert, dass man noch im Oktober gesagt hätte, dass nie im Leben ein Arbeiter auf

eigene Rechnung selbst Arbeitskräfte einstellen könne. Das zeigt die Drehung, die man bei der Beschäftigungspolitik gemacht hat. Im September 2010 kurz vor der neuen Etappe, gab es nur 99.917 Arbeiter auf eigene Rechnung. Jetzt sollen nach offiziellen Berechnungen 800.000 in diesen Sektor überwechseln.

Da stellt sich jetzt die Möglichkeit der Kooperativen. Gut funktionierende Kooperativen bedürfen aber einer guten Planung und einer entsprechenden Gesetzgebung, die das fördert, was man eigentlich mit Kooperativen erreichen möchte. Mit der ANAP hat Cuba eine funktionierende Organisation, die alle

landwirtschaftlichen Kooperativen vertritt. In ihrem Aufsatz „Risiken der Ausdehnung nichtstaatlicher Unternehmen in der Wirtschaft Cubas und Empfehlungen, diese zu verhindern“ hat sich Camila Pineiro Harnekcer fundiert mit der möglichen Entwicklung von Kooperativen in Cuba auseinandergesetzt. Darin sagt sie, dass, wenn man daran interessiert sei, die Schaffung von sozialistischen Unternehmen anstelle kapitalistischer zu fördern, es notwendig sei, ein Kooperativen-Gesetz zu verabschieden, das deren Schaffung ermögliche und die Verantwortung der staatlichen Institutionen festschreibe, diese zu unterstützen. Für sie ist die klassische Variante, dass die Unternehmen Assoziationen von freien Arbeitern sind, und dass sie von einem Plan geleitet seien, der die Befriedigung sozialer Interessen garantiere. Für sie ist die vorgesehene horizontale Struktur der Unternehmen an sich

ken das sozial ausgerichtete Modell, das heute in vielen unseren Ländern möglich ist.“

### Einige Unternehmen, für die sich der Staat nicht mehr zuständig fühlen möchte,

weil er es nicht als einen strategisch wichtigen Bereich ansieht, sind neben den Frisören auch die Taxifahrer. Panataxis, Havanataxis und wie sie alle hießen, sind ja bereits zu „Cubataxis“ zusammengefasst worden und sollen jetzt als Kooperativen funktionieren. Jeder, der länger in Cuba Taxen benutzt hat, kann das nur begrüßen. Jahre lang sind wir manchmal bei Nacht und Nebel aus Taxen ausgestiegen und haben allerlei Unbill in Kauf genommen, wenn der Taxifahrer sich weigerte, sein Taxameter einzustellen und als Arbeiter auf eigene Rechnung arbeiten wollte. Irgendwann haben wir dann den

Kampf gegen diese Windmühlen aufgegeben, zumal uns keiner das System des Taxiwesens erklären konnte.

Jetzt erfuhr man von Noel Carrillo beim UZ-Pressfest, dass die Taxifahrer jährlich einen bestimmten Betrag ab-

liefern mussten. Eigentlich natürlich alles, was sie verdienten bis auf das Trinkgeld, aber wirklich verpflichtend war eben ein festgesetzter Betrag. Dafür bekamen sie dann ein Pesogehalt. Das interessierte viele Taxifahrer eher weniger. Wenn man nämlich den Festbetrag erst zusammen hatte, konnte man mit einem staatlichen Auto, staatlichem Benzin und einer staatlichen Reparaturwerkstatt auf eigene Rechnung Touristen befördern und eine Menge Devisen einnehmen. Am Ende erzählte man einfach, das Geschäft sei schlecht gelaufen, mehr als den Festbetrag habe man nicht eingenommen. Letztendlich waren die Taxen für den Staat ein Zusatzgeschäft. Jetzt sollen die



noch keine Gewähr dafür, dass Verkäufer und Käufer sich mit den Interessen der anderen identifizieren.

Die Ausarbeitung eines Modells der Kooperativen könnte eine Herausforderung sein. Dabei wäre es auch möglich auf Erfahrungen in anderen Ländern zurückzugreifen, Es gibt sogar bereits ein Lateinamerikanisches Netz der Kooperatismus (RELCOOP), in dem der Cubaner Dr. Claudio Alberto Rivera gerade bis 2013 zum Vorsitzenden gewählt wurde. Er sagte: „Die Kooperativen in Lateinamerika und der Karibik stellen heute nicht nur eine Entwicklungsalternative dar, sondern sie sind auch ein Weg zur wirtschaftlichen, produktiven und sozialen Entwicklung. Sie verstär-

Taxifahrer also in Kooperativen zusammengelegt arbeiten, dass die Kooperative sich trägt und dem Staat Abgaben zahlen kann. So könnte er tatsächlich einmal am Taxigeschäft verdienen.

Offensichtlich hat Cuba durch die bis jetzt durchgeführten Veränderungen bereits 1 Milliarde Dollar Mehreinnahmen.

Bei den Frisören hat man eine andere Möglichkeit gefunden. Sie arbeiten in gemieteten staatlichen Räumen mit bis zu drei Sesseln. Sie müssen dafür Miete, Sozialversicherung für die spätere Rente und Abgaben zahlen. Hinzu kommen Geld für Strom, Elektrizität und was man sonst so braucht. Der Preis für den Haarschnitt richtet sich nach Angebot und Nachfrage. Alle zwei Monate werden aber die Preise kontrolliert. Wenn sie zu hoch sind, werden die Steuern erhöht. Jahre lang haben die Frisöre zwischen 5 und 10 Pesos verlangt, obwohl der staatlich festgesetzte Preis 80 Centavos war. Den aber haben wirklich nur die ganz armen Leute bezahlt. Die hohen Preise wurden damit begründet, dass man für die Scheren, Rasierklingen und die Reinigung aufkommen müsste. Fakt ist, dass für jeden Kunden zwischen 4,20 und 9,20 Pesos in die Tasche des Barbiers wanderte.

Das neue System läuft schon einige Monate und bis jetzt hat noch keiner sein Geschäft zurückgegeben. Auch hier bekommt der Staat jetzt Geld, anstatt es zahlen zu müssen.

### Was die Landwirtschaft angeht,

ist der Landbesitz, den ein Bauer selbst beackern kann, auf 13,4 Hektar aufgehoben worden. Hier geht es immer um „usufructo“, Land das zur landwirtschaftlichen Bewirtschaftung auf zunächst einmal 10 Jahre verpachtet wird. Es geht kein Land in Privatbesitz über. Im Kongress wurde heftig über das Staatsmonopol des Handels debattiert und die Meinungspalette reichte von „ganz aufgeben“ bis „ganz eng fassen“. Schließlich einigte

man sich darauf, das Staatsmonopol zu belassen, aber dem Produzenten mehr und direkteren Zugang zum Markt zu geben. Der Kongress unterstützte auch den freien Handel bei landwirtschaftlichen Produkten. Die Preise von 21 Produkten sollen weiterhin vom Staat kontrolliert werden, die Preise der restlichen Produkte sollen durch Angebot und Nachfrage bestimmt werden.

Für den Agrarsektor ist auch ein spezielles Steuersystem vorgesehen, das die Bauern belohnt, die prompt und viel Produzieren.

Bis jetzt sind die Erfolge der neuen Landwirtschaftspolitik noch mäßig. Es fehlt an erfahrenen Bauern und an landwirtschaftlicher Ausrüstung. Das Leben auf dem Land so attraktiv zu gestalten, dass sich junge



Leute dafür erwärmen können, ist eine Aufgabe, die länger dauern wird.

Manche Ergebnisse des Parteitags können schnell umgesetzt werden. An anderen Beschlüssen arbeitet eine Gruppe von Spezialisten und Akademikern aus diversen Rechtsabteilungen. Tag und Nacht sind sie damit beschäftigt, Gesetze, Dekrete, Resolutionen und Normen zu überprüfen. Viele müssen verändert, ersetzt, entfernt, vereinfacht oder auf eine Art verändert werden, um den

Herausforderungen des Parteitags zu entsprechen. Die Aufgabe ist gigantisch, denn es gilt nicht nur das ökonomische Modell zu regulieren, wovon auch die Staatsunternehmen und die Kooperativen betroffen sind, sondern auch das Budgetsystem und die Gebietseinteilungen. Wie die Richtlinien strukturiert sind, müssen die Gesetze an die neue Geld-, Haushalts- und Preispolitik, in Bezug auf den Außenhandel, die Schulden und Kredite, die ausländischen Investitionen, die Wissenschaft, die Technologie, Umwelt, Erziehung, Gesundheit, Sport, Kultur, Sozialversicherung, Lohn und Beschäftigung, Subventionen und Gratiszuwendungen, Agro-Industrie und Energiepolitik etc. angepasst werden. Damit das alles funktioniert. Gleichzeitig aktualisiert das Finanzministerium die Normen für Steuern und Abgaben.

Während des Parteitags forderte eine Delegierte eine Ausbildung für das Führungspersonal der Unternehmen. „Hier ist nicht jeder dazu berufen Ökonom, Buchhalter oder Wirtschaftsprüfer zu sein oder ein Unternehmen oder eine Kooperative zu leiten. Man muss etwas von Unternehmensverwaltung verstehen.“ daraufhin beschloss der Kongress die Laufbahn für Unternehmensverwaltung in Cuba einzurichten.

Wie Raúl auf dem Parteitag sagte: „Das Leben hat uns gelehrt, dass es nicht reicht, eine gute juristische Norm zu fördern, egal, ob es sich um ein Gesetz oder einen einfachen Beschluss handelt. Es ist außerdem wichtig, diejenigen, die die Gesetze ausführen, dazu auszubilden, sie zu überwachen und zu beweisen, dass die Gesetze sich in der Praxis bewähren.“

### Wenn es wirklich gelingt, die Gesetze effektiv umzusetzen

und der ganze Prozess von einem Volk geleitet wird, das durch eine informative Presse in allen Wirtschafts- und Sozialfragen immer versierter wird, ein Auge auf Fehlentwicklungen hat und den Prozess kreativ weiterentwickelt, dann brauchte

man sich um Cubas Zukunft keine Sorgen zu machen.

Aber man muss sich bewusst sein, wie es der Präsident des Obersten Gerichts (Tribunal Supremo Popular) Rubén Remigio Ferro ausgerückt hat, dass „die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen, die auf nationaler Ebene eingeführt werden, bis in die zwischenmenschlichen Beziehungen reichen. Sie beeinflussen nicht nur die Beziehungen untereinander, sondern auch zwischen Unternehmen und Bürgern und das sind Aspekte, die man berücksichtigen muss.“

Alfredo Guevara, der bekannte Leiter des ICAIC (das cubanische Filminstitut), Künstler und Revolutionär der ersten Stunde, sprach vor kurzen vor Studenten der chemischen Fakultät. Da fiel der Satz „Man müsste Esposito klonen“. Esposito ist der Parteisekretär von Santiago de Cuba. Er hat es geschafft, binnen kurzer Zeit Santiago in ein Schmuckstück von Stadt zu verwandeln, in der kein Haus zusammenfällt, kein Müll, ja keine Zigarettenkippe auf der Straße liegt und alles (vielleicht bis auf den Transport) funktioniert. Alfredo Guevara meinte daraufhin, man könne doch viel besser die Methoden von Esposito studieren und übernehmen.

Vielleicht hat er ja bereits einige der Beschlüsse des Parteitags vorgegessen. Andererseits zeigt es, dass man auch mit den schon bisher existierenden Möglichkeiten erfolgreich wirken könnte.

Im Januar 2012 wird eine nationale Konferenz der Kommunistischen Partei Cubas stattfinden, die unter anderem diskutieren wird, wie man mit der Bürokratie und alten Übeln wie Improvisation, Formalismus, falscher Einstimmigkeit und Opportunismus in den eigenen Reihen umgeht. Die Konferenz wird auch die Form präsentieren, wie man die Vorurteile gegen den nichtstaatlichen Sektor der Wirtschaft entfernt. Ferner wird es um den Mechanismus gehen, wie die Mandatszeit der Parteiführung auf allen Ebenen begrenzt werden kann. Die Konferenz könnte auch neue Mitglieder für das Zentralkomitee wählen, über die 115 hinaus, oder bereits gewählte ersetzen.

Auch steht die Förderung von Frauen, Schwarzen, Mestizen und Jugendlichen für Leitungspositionen zur Debatte und eine neue Pressepolitik.

Sie soll darauf begründet sein, dass die Kommunikation und die Propaganda kreativer, systematischer, kritischer und ästhetisch ausgefeilter sein muss.

Hoffen wir, dass all diese Maßnahmen Cubas Liquiditätsprobleme lösen und die Landwirtschaft bedeutend mehr Lebensmittel zum Verbraucher bringt, dass die Unternehmen und Kooperativen so erfolgreich sind, dass sie Löhne auszahlen können, von denen die Arbeiter angemessen leben können, dass die Gemeinden von den Unternehmen zum Wohle aller profitieren und dass die gut ausgebildeten cubanischen Jugendlichen ihr Wissen in funktionierenden Betrieben anwenden können und die Headhunter aus Deutschland und anderswo bei ihnen keine Chance haben.

Hoffen wir, dass es Cuba wirklich gelingt, unter Beteiligung des ganzen Volkes dem sozialistischen Ideal ein gutes Stück näher zu kommen.

Renate Fausten

#### Quellen:

*El Proyecto de Lineamientos de la Política Económica y Social del Partido y la Revolución*

Julio César Guancho: *Una pasión política, alrededor de la celebración del VI Congreso del PCC, Rebelión*, 1.6.2011

Julio César Guancho: *Entrevista en „Kaos en la Red“*, 13.06.2011

Raúl Menchaca: *La línea economía de la Revolución, cubahora*

Raúl Menchaca: *Otra ley para acompañar los cambios, cubahora*

Fidel Rendón Matunzo: *Marco jurídico legal para implementar los lineamientos económicos, cubahora*

Empleo: *La Caja de Pandora, ips*

Jorge Martín: *Cuban CP Congreã ratifies economic guidelines.*

AIN: *Preside Cuba Red Latinoamericano de Cooperativos*, 26.6.2011

Bárbara Betancourt: *Proyecto de Lineamientos: El pueblo es el que decide, Radio Habana Cuba, Rebelión*, 10.12.2010

Informe Central presentado por el compañero Raúl, *Granma*, 18.04.2011

Abdruck aus CUBA LIBRE, Nr. 3, 2011

**CUBA  
LIBRE**

#### Bezugsadresse:

Freundschaftsgesellschaft BRD – Kuba e.V.  
Maybachstr. 159  
50670 Köln

Fax: 0221-60 60 080

www.fgbrdkuba.de

## Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-  
Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

#### Nr. 172 Sommer 2011, 36 S.

- NATO-Politik mit allen Mitteln
- Wird jetzt auch Bahrain bombardiert?
- Kräfteverschiebungen im bürgerlichen Parteiengefüge
- 20 Jahre gewerkschaftlicher Widerstand im Ost-Deutschland
- Das Frühjahrsseminar der Gruppe in München
- Lateinamerika 2011
- Filmbesprechung: Wadans Welt

#### Nr. 171 Frühjahr 2011, 36 S.

- Revolution am Nil?
- Ich schwanke zwischen Enttäuschung und Zorn über die Arbeitgeber
- Arbeitswelt prekär
- Naziaufmarsch in Dresden verhindert!
- Leben in der Big Society
- Erfolge und Widersprüche der K.P. Chinas
- Wirtschaftsreformen in Kuba
- Patrice Lumumba
- Wir gratulieren dem Genossen Bergmann!
- Für einen neuen Internationalismus
- Wolfgang Abendroth

#### Nr. 170 Winter 2010/11, 40 S.

- Das neue deutsche Wirtschaftswunder
- Zur Politischen Entwicklung und zur Lage der Gruppe
- Gesetzesinitiative zur Einschränkung des Streikrechts
- Über den 19. Parteitag der DKP
- Wahlen in Wien und der Steiermark
- Chinas Wiedereintritt in die große Geschichte und Wirtschaft
- Die Erschaffung einer rechten Dominanz in Chile/Teil IV

#### Nr. 169 Herbst 2010, 40 S.

- Nach dem Wahlen in Tschechien
- Krise der schwarz-gelben Koalition
- Sind „Alternative Listen“ Totgeburten?
- Hamburger Volksentscheid über die Primarschule
- Chinas Rückkehr auf die Weltbühne
- Mumia Abu Jamal-Veranstaltung in Nürnberg
- Arbeiterpolitik als innergewerkschaftliche Opposition
- Für einen sozialen Ausweg aus der Krise kämpfen?
- Die Erschaffung einer rechten Dominanz in Chile/Teil III

#### Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme  
T. Gradl, Postfach 910307  
90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

**Arbeiterstimme**

www.arbeiterstimme.org

## Die nicht gehaltene Festspielrede 2011 "Der Aufstand des Gewissens"

**Der ehemalige UN-Sonderbotschafter für Ernährung, Jean Ziegler, sollte eigentlich die Eröffnungsrede der Salzburger Festspiele halten. Doch dann wurde er wieder ausgeladen und stattdessen Joachim Gauck verpflichtet. Hier ist die nicht gehaltene Rede nachzulesen:**

Sehr verehrte Damen und Herren,

alle fünf Sekunden verhungert ein Kind unter zehn Jahren. 37.000 Menschen verhungern jeden Tag und fast eine Milliarde sind permanent schwerstens unterernährt. Und derselbe World-Food-Report der FAO, der alljährlich diese Opferzahlen gibt, sagt, dass die Weltlandwirtschaft in der heutigen Phase ihrer Entwicklung problemlos das Doppelte der Weltbevölkerung normal ernähren könnte.

Schlussfolgerung: Es gibt keinen objektiven Mangel, also keine Fatalität für das tägliche Massaker des Hungers, das in eisiger Normalität vor sich geht. Ein Kind, das an Hunger stirbt, wird ermordet.

Gestorben wird überall gleich. Ob in den somalischen Flüchtlingslagern, den Elendsvierteln von Karachi oder in den Slums von Dhaka, der Todeskampf erfolgt immer in denselben Etappen. Bei unterernährten Kindern setzt der Zerfall nach wenigen Tagen ein. Der Körper braucht erst die Zucker-, dann die Fettreserven auf. Die Kinder werden lethargisch, dann immer dünner. Das Immunsystem bricht zusammen. Durchfälle beschleunigen die Auszehrung. Mundparasiten und Infektionen der Atemwege verursachen schreckliche Schmerzen.

Dann beginnt der Raubbau an den Muskeln. Die Kinder können sich nicht mehr auf den Beinen halten. Ihre Arme baumeln kraftlos am Körper. Ihre Gesichter gleichen Greisen. Dann folgt der Tod.

Die Umstände jedoch, die zu dieser tausendfachen Agonie führen, sind vielfältig und oft kompliziert.

Ein Beispiel: die Tragödie, die sich gegenwärtig (Juli 2011) in Ostafrika abspielt. In den Savannen,

Wüsten, Bergen von Äthiopien, Djibouti, Somalia und Tarkana (Nordkenia) sind 12 Millionen Menschen auf der Flucht. Seit fünf Jahren gibt es keine ausreichende Ernte mehr. Der Boden ist hart wie Beton. Neben den trockenen Wasserlöchern liegen die verdursteten Zebu-Rinder, Ziegen, Esel und Kamele. Wer von den Frauen, Kindern, Männern noch Kraft hat, macht sich auf den Weg in eines der vom UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge und vertriebene Personen eingerichteten Lager.

Zum Beispiel nach Dadaad, auf kenianischem Boden. Dort drängen sich seit drei Monaten über 400.000 Hungerflüchtlinge. Die meisten stammen aus dem benachbarten Südsomalia, wo die mit Al-Quaida verbundenen fürchterlichen Chebab-Milizen wüten. Seit Juni treten täglich rund 1500 Neuankömmlinge aus dem Morgennebel. Platz im Lager gibt es schon lange nicht mehr. Das Tor im Stacheldrahtzaun ist geschlossen. Vor dem Tor führen die UNO-Beamten die Selektion durch: Nur noch ganz wenige – die, die eine Lebenschance haben – kommen hinein.

Das Geld für die intravenöse therapeutische Sondernahrung, die ein Kleinkind, wenn es nicht zu sehr geschädigt ist, in 12 Tagen ins Leben zurück bringt, fehlt. Das Geld fehlt. Das Welternährungsprogramm, das die humanitäre Soforthilfe leisten sollte, verlangte am 1. Juli für diesen Monat einen Sonderbeitrag seiner Mitgliedstaaten von 180 Millionen Euro. Nur 62 Millionen kamen herein. Das normale WPF (World-Food-Programm) Budget betrug 2008 sechs Milliarden Dollar. 2011 liegt das reguläre Jahresbudget noch bei 2,8 Milliarden. Warum? Weil die reichen Geberländer – insbesondere die EU-Staaten, die USA, Kanada



und Australien – viele tausend Milliarden Euro und Dollars ihren einheimischen Bank-Halunken bezahlen mussten: zur Wiederbelebung des Interbanken-Kredits zur Rettung der Spekulations-Banditen. Für die humanitäre Soforthilfe (und die reguläre Entwicklungshilfe) blieb und bleibt praktisch kein Geld.

Wegen des Zusammenbruchs der Finanzmärkte sind die Hedgefonds und andere Groß-Spekulanten auf die Agrarrohstoffbörsen (Chicago Commodity Stock Exchange, u. a.) umgestiegen. Mit Termingeschäften, Futures, etc. treiben sie die Grundnahrungsmittelpreise in astronomische Höhen.

Die Tonne Getreide kostet heute auf dem Weltmarkt 270 Euro. Ihr Preis lag im Jahr zuvor genau bei der Hälfte. Reis ist um 110% gestiegen. Mais um 63%. Was ist die Folge? Weder Äthiopien, noch Somalia, Djibouti oder Kenia konnten Nahrungsmittelvorräte anlegen - obschon die Katastrophe seit fünf Jahren voraussehbar war.

Dazu kommt: Die Länder des Horns von Afrika werden von ihren Auslandsschulden erdrückt. Für Infrastrukturinvestitionen fehlt das Geld. In Afrika südlich der Sahara sind lediglich 3,8% des bebaubaren Bodens künstlich bewässert. In Wollo, Tigray und Shoa auf dem äthiopischen Hochland, in Nordkenia und Somalia noch weniger. Die Dürre tötet ungestört. Diesmal wird sie viele Zehntausende töten.

Viele der Schönen und der Reichen, der Großbankiers und der Kon-

zern-Mogule dieser Welt kommen in Salzburg zusammen. Sie sind die Verursacher und die Herren dieser kanibalen Weltordnung.

Was ist mein Traum? Die Musik, das Theater, die Poesie – kurz: die Kunst – transportieren die Menschen jenseits ihrer selbst. Die Kunst hat Waffen, welche der analytische Verstand nicht besitzt: Sie wühlt den Zuhörer, Zuschauer in seinem Innersten auf, durchdringt auch die dickste Betondecke des Egoismus, der Entfremdung und der Entfernung. Sie trifft den Menschen in seinem Innersten, bewegt in ihm ungeahnte Emotionen. Und plötzlich bricht die Defensiv-Mauer seiner Selbstgerechtigkeit zusammen. Der neoliberale Profitwahn zerfällt in Staub und Asche.

Ins Bewusstsein dringt die Realität, dringen die sterbenden Kinder. Wunder könnten in Salzburg geschehen: Das Erwachen der Herren der Welt. Der Aufstand des Gewissens! Aber keine Angst, dieses Wunder wird in Salzburg nicht geschehen!

Ich erwache. Mein Traum könnte wirklichkeitsfremder nicht sein! Kapital ist immer und überall und zu allen Zeiten stärker als Kunst. „Unsterbliche gigantische Personen“ nennt Noam Chomsky die Konzerne. Vergangenes Jahr – laut Weltbankstatistik – haben die 500 größten Privatkonzerne, alle Sektoren zusammen genommen, 52,8% des Welt-Brutto-sozialproduktes, also aller in einem Jahr auf der Welt produzierten Reichtümer, kontrolliert. Die total entfesselte, sozial völlig unkontrollierte Profitmaximierung ist ihre Strategie. Es ist gleichgültig, welcher Mensch an der Spitze des Konzerns steht. Es geht nicht um seine Emotionen, sein Wissen, seine Gefühle. Es geht um die strukturelle Gewalt des Kapitals. Produziert er dieses nicht, wird er aus der Vorstands-Etage verjagt.

Gegen das eherne Gesetz der Kapitalakkumulation sind selbst Beethoven und Hofmannsthal machtlos. „L'art pour l'art“ hat Théophile Gautier Mitte des 19. Jahrhunderts geschrieben. Die These von der autonomen, von jeder sozialen Realität losgelösten Kunst, schützt die Mächtigen vor ihren eigenen Emotionen und dem eventuell drohenden Sinneswandel.

Die Hoffnung liegt im Kampf der Völker der südlichen Hemisphä-

re, von Ägypten und Syrien bis Bolivien, und im geduldigen, mühsamen Aufbau der Radikal-Opposition in den westlichen Herrschaftsländern. Kurz: in der aktiven, unermüdlichen, solidarischen, demokratischen Organisation der revolutionären Gegengewalt. Es gibt ein Leben vor dem Tod. Der Tag wird kommen, wo Menschen in Frieden, Gerechtigkeit, Vernunft und Freiheit, befreit von der Angst vor materieller Not, zusammenleben werden.

Mutter Courage, aus dem gleichnamigen Drama von Bertolt Brecht, erklärt diese Hoffnung ihren Kindern:

Es kommt der Tag, da wird sich wenden  
Das Blatt für uns, er ist nicht fern.  
Da werden wir, das Volk, beenden  
Den großen Krieg der großen Herrn.  
Die Händler, mit all ihren Bütteln  
Und ihrem Kriegs- und Totentanz  
Sie wird auf ewig von sich schütteln  
Die neue Welt des g'meinen Manns.  
Es wird der Tag, doch wann er wird,  
Hängt ab von mein und deinem Tun.  
Drum wer mit uns noch nicht marschieret,  
Der mach' sich auf die Socken nun.

Ich danke Ihnen

Jean Ziegler

Jean Ziegler, Bürger der Republik Genf, Soziologe, ist emeritierter Professor der Universitäten von Genf und Paris. Er war bis 1999 Nationalrat (Abgeordneter) im Eidgenössischen Parlament, dann Sonder-Berichterstatler der Vereinten Nationen für das Recht auf Nahrung. Seit 2008 ist er Vizepräsident des beratenden Ausschusses des UNO-Menschenrechtsrats.

Jean Ziegler ist Autor zahlreicher Bestsellers, darunter „Der Hass auf den Westen“, „Das Imperium der Schande“, „Die neuen Herrscher der Welt“ sowie „Die Schweiz, das Gold und die Toten“ und „Die Schweiz wäscht weißer“.



Jean Ziegler: „Der Aufstand des Gewissens. Die nicht-gehaltene Festspielrede 2011.“ Ecowin Verlag 2011, 16 Seiten, Preis: 2,50 €, ISBN 978-3-7110-0016-3

Anzeigen

## August Thalheimer: Einführung in den dialektischen Materialismus



Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorworten zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.

Nachdruck 190 Seiten, Klebebindung. 5,- €.

## Der Faschismus in Deutschland

Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928 bis 1933 (aus „Gegen den Strom“). Herausgegeben und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik, Frankfurt/M.

2. erweiterte Auflage 1981 mit zwei neuen Kapiteln, 296 Seiten, Klebebindung. 8,- €.





ner fand am 15. September auf dem Berghof Hitlers bei Berchtesgaden statt. Hitler forderte die Loslösung des Sudetengebietes von der Tschechoslowakei unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Er versprach, sich militärischer Aktionen zu enthalten, um seinem Gesprächspartner eine Rücksprache mit seinem Kabinett zu ermöglichen. Eine neue Begegnung zwischen den beiden Staatsmännern wurde in Aussicht genommen. Um die Stellung des kompromissbereiten Chamberlain in der englischen Öffentlichkeit zu stärken und damit seine Ziele ohne militärischen Einsatz zu erreichen, schürte Hitler die Furcht in England und Frankreich vor einem Krieg für fremde Interessen, indem er die sudetendeutschen Forderungen hochspielte. Ein sudetendeutsches Freikorps besetzte die Städte Eger und Asch.

Am 22. September fand die *Godesberger Konferenz* zwischen Hitler und Chamberlain statt. Dieser erklärte sich im Namen der Regierungen Englands, Frankreichs und der Tschechoslowakei zu einer Auslieferung des Sudetenlandes an Hitlerdeutschland bereit, unter Voraussetzung einer internationalen Garantie für die Unabhängigkeit des Kerngebietes der Tschechoslowakei. Hitler verwarf diesen Vorschlag und stellte ein auf den 28. September befristetes Ultimatum: Die Auslieferung des Sudetenlandes zum 1. Oktober. Das Ultimatum wurde von Prag mit der Mobilmachung beantwortet. London sagte Paris englische Unterstützung zu im Falle eines deutschen Angriffes auf die Tschechoslowakei, mit der Frankreich durch einen Militärpakt verbunden war. In England und Frankreich wurden Kriegsvorbereitungen getroffen.

Am 22. September fand die *Viermächtekonferenz in München* statt mit den beiden Achsenmächten Deutschland - Italien auf der einen Seite und den beiden Westmächten England - Frankreich auf der anderen. Von der Konferenz waren sowohl die Tschechoslowakei ausgeschlossen, um de-

ren Los es ging, wie die Sowjetunion, die mit Frankreich und der Tschechoslowakei durch einen Beistands- und Nichtangriffspakt verbunden war. Das Ergebnis der Konferenz war die Abtretung der sudetendeutschen Gebiete an Deutschland. Am 1. Oktober marschierten die deutschen Truppen in das Sudetengebiet ein, ohne daß die Tschechoslowakei eine Garantie für die Unverletzbarkeit ihres Kerngebietes erhalten hätte. Die Beteuerung Hitlers, daß die Abtretung des Sudetenlandes seine letzte Forderung gewesen sei, strafte er selbst Lügen, als die deutschen Truppen Mitte März des folgenden Jahres die gesamte Tschechoslowakei besetzten und es zum „Reichsprotektorat Böhmen und Mähren“ erklärten.

### Die Beurteilung durch das AK

Am 21. September, also noch vor der Godesberger Konferenz vom 22. September, veröffentlichte die *Daily European Observations*<sup>2</sup> einen Artikel von A. Thalheimer mit der Überschrift „Zwischenbilanz“<sup>3</sup>. Der Artikel bezieht sich auf die politischen Vorgänge zwischen dem 15. und 21. September und ist im Einverständnis mit H. Brandler geschrieben, dagegen nicht – wie sich zeigen sollte – im Einverständnis mit dem dritten AK-Mitglied, Leo Borochowicz. In seinem Artikel stellt Thalheimer die Frage, ob der Friede wirklich bedroht war und beantwortet sie dahingehend: „Das Gespenst der allgemeinen Kriegsgefahr war **im selben Maße** ein Erzeugnis der englischen und französischen Regierung wie Hitlerdeutschlands und Italiens“. Die Begründung dafür: „Weil 1. die englische Bourgeoisie seit langem bereit war, die Tschechoslowakei ... Hitler als Opfer hinzuwerfen, ... weil 2. die französische Bourgeoisie sich nicht von England trennen wollte. – Um die Preisgabe der Tschechoslowakei durch den englisch-französischen Imperialismus der sogenannten öffentlichen Meinung ihrer Länder annehmbar zu machen, war es für

sie nötig, ihre öffentliche Meinung durch das Gespenst des allgemeinen Krieges in Panik zu jagen und sie dadurch mürbe zu machen. – Die einfache Wirklichkeit ist die, dass weder Hitlerdeutschland einen allgemeinen Krieg wollte, noch dass die englische und französische Regierung bereit waren, die Tschechoslowakei gegen einen Angriff Hitlerdeutschlands zu verteidigen.“ Dieser Preisgabe habe die Großbourgeoisie zugestimmt, weil sie den Verrat an der tschechischen Nation der Revolution vorziehe. In der Tat hatte die Großbourgeoisie Anlaß, aufgeschreckt zu sein. Auf dem Höhepunkt der tschechoslowakischen Krise zwischen Godesberg und München war nach Berichten aller Augenzeugen die Mehrheit der tschechoslowakischen Werktätigen spontan für den revolutionären Krieg an der Seite der Roten Armee der Sowjetunion gegen Hitlerdeutschland.<sup>4</sup>

Am 27. September veröffentlichten die *Daily European Observations* einen neuerlichen Artikel von A. Thalheimer, der von seinen Kritikern als im Widerspruch stehend zu seinem Artikel vom 21. September angesehen wurde. Der Artikel trägt die Überschrift: „Nach dem Ultimatum von Godesberg“ und beginnt mit dem Satz: „Die Frage: Krieg oder Frieden steht im Augenblick auf Messerschneide.“<sup>5</sup> Die wichtige Veränderung der politischen Lage gegenüber der Vorwoche sah Thalheimer darin, daß der Konflikt nunmehr die Frage des Sudetengebietes oder Tschechoslowakei weit überschritten habe. Wenn Chamberlain von Freiheit rede, so sei es die Freiheit des englischen und französischen Imperialismus, ohne Anfechtung über sein bisheriges Herrschaftsgebiet zu verfügen. Das Verhalten Hitlerdeutschlands zur ČSR sei der Probestein, ob der deutsche Imperialismus überhaupt noch zu einer Verständigung in der Frage der imperialistischen Weltherrschaft bereit sei.

Thalheimers ursprüngliche Annahme, daß es sich bei der durch Hitler heraufbeschworenen Krise und der Reaktion darauf durch die französische und englische Regierung um ein gemeinsames Manöver handle, hat sich schließlich als richtig erwiesen. Was ihn zeitweise seine Meinung ändern ließ, kann gewesen sein (außer den Risiken, die unverhüllte Kriegsdrohungen immer mit

2 Eine als Pressekorrespondenz in London getarnte Publikation der KPO/IVKO mit wöchentlichen Kommentaren zur politischen Entwicklung.

3 „Material zu den innerparteilichen Vorgängen“, Oktober 1938, S.4.

4 Krieg und Gewerkschaften. Rede des Vertreters der KPO: Genosse Roth, d.h. H. Brandler, auf der Februarkonferenz der „Internationalen Front der Werktätigen gegen Krieg“, 1939, S. 18. Siehe dazu auch Erwin Gräff: „Die KPO und die Kriegsfrage vor Ausbruch des 2. Weltkrieges“.

5 „Material ...“, Oktober 1938. Nach dem Ultimatum von Godesberg, S.8.

sich führen), daß die militärische und strategische Verfügung über die ČSR an sich schon ein erheblicher Faktor beim Kampf um die Machtgrundlagen des imperialistischen Nebenbuhlers sind. Thalheimer konnte also mit einigem Recht annehmen, daß England und Frankreich aus Gründen der Selbstbewahrung einer Auslieferung der Tschechoslowakei an Hitlerdeutschland nicht zustimmen konnten und daß es darüber zum Krieg kommen könne.

In einem weiteren Artikel, diesmal im *Internationalen Klassenkampf* (IK)<sup>6</sup> zieht der Verfasser eine Parallele zwischen dem Vorgang, der sich im September abgespielt hat und den früheren Vorgängen in den faschistischen Ländern. Die Bourgeoisie hat in diesen Ländern zugunsten der faschistischen Diktatur auf ihre eigene politische Macht verzichtet, um ihre ökonomische und soziale Klassenherrschaft zu erhalten, zu verlängern und zu befestigen. Jetzt hat auf internationalem Gebiete die englische und französische Bourgeoisie gewisse imperialistische Teilinteressen preisgegeben – im Interesse der Erhaltung der kapitalistischen Klassenherrschaft im Ganzen in Europa. Wenn man die imperialistischen Interessen der Bourgeoisie gleichsetzt mit dem „nationalen“ Interesse, wie die Bourgeoisie dies selbst tut, kann man auch sagen, daß sie Verrat an ihren eigenen nationalen Interessen begangen hat um des internationalen kapitalistischen Klasseninteresses und letzten Endes auch um ihrer nationalen Klassenherrschaft willen. Der Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland und Italien im Gefolge einer Niederlage der faschistischen Regime dieser Länder im Kriege würde das Übergewicht der Kräfte der Revolution in Europa zur Folge haben.

## Der „Krach“ im AK

Die Auseinandersetzungen wurden durch den Artikel Thalheimers vom 21. September ausgelöst. L. Borochowicz und H. Tittel brachten am 26. September einen Antrag folgenden Inhalts im AK ein: „Das AK stellt fest, daß der Artikel ‚Zwischenbilanz‘ (Daily European Observations) vom 21. September, in dem die Gefahr

eines allgemeinen Krieges als ein ‚Gespenst‘ bezeichnet wird, nicht die Auffassungen der KPD(O) über die gegenwärtige internationale Lage zum Ausdruck bringt.“ Sie stellten fest: „Diese Beurteilung der internationalen Lage steht in einem krassen Widerspruch zur Wirklichkeit“, denn „Die Frage der Kriegsgefahr wird nicht vom Standpunkt der objektiven Situation des niedergehenden Kapitalismus beurteilt, sondern im Lichte der subjektiven Wünsche und Absichten, die die Minister und Kapitalisten der einzelnen Länder haben oder die ihnen zugeschrieben werden.“ Die Antragsteller stellten weiter fest: „In der gegenwärtigen Situation ist der Artikel nicht nur theoretisch falsch, sondern bedeutet einen schweren Verstoß gegen die revolutionäre Aktionsdisziplin.“<sup>7</sup> Sie bezogen sich dabei auf einen gleichzeitigen Aufruf der IVKO zusammen mit dem Londoner Büro<sup>8</sup> gegen den imperialistischen Krieg.

Der Antrag Borochowicz/Tittel wurde auf einer Sitzung des AK am nächsten Tag, am 27. September, mit den Stimmen Brandlers und Thalheimers, mit 2/3 Mehrheit abgelehnt. Gleichzeitig mit dem Antrag veröffentlichte Borochowicz einen Artikel in der *Arbeiterpolitik* Nr. 39 unter der Überschrift „Zwischen Krieg und Frieden“.<sup>9</sup> Ein Außenstehender hätte in dem Artikel keinen Angriff auf Brandler und Thalheimer gesehen, aber diese selbst taten es. Der Artikel wiederholte nämlich – ohne Namen zu nennen – die Argumente, die dem Antrag Borochowicz/Tittel zugrunde lagen. Die Absicht dieses Artikels scheint gewesen zu sein, die Streitfragen im AK vor das Forum der KPO-Emigration zu bringen. Das gab Brandler/Thalheimer den Anlaß, Borochowicz der Fraktionsarbeit zu zeihen und ihm die politische Kontrolle der Zeitschrift *Arbeiterpolitik* zu entziehen und sie Thalheimer zu unterstellen.

Am nächsten Tag, am 28. September, kam es zur Viermächtekon-

ferenz in München. Man hätte annehmen können, daß damit die Streitfragen im AK zugunsten der Auffassung Brandler/ Thalheimers beendet waren, aber das war keineswegs der Fall. Zu der vorgesehenen AK-Sitzung am 30. September wollten Borochowicz/Tittel einen zweiten Antrag einbringen, und das aus Anlaß des Artikels „Nach dem Ultimatum von Godesberg“ vom 17. September. Die Antragsteller stellten fest, daß Thalheimers Artikel einander widersprächen, der vom 21. September (Zwischenbilanz) und der vom 27. September (Nach dem Ultimatum von Godesberg). Sie beantragten deshalb die Aufhebung des Beschlusses der 2/3 Mehrheit des AK vom 27. September, Borochowicz die politische Kontrolle der *Arbeiterpolitik* zu entziehen unter Berufung darauf, daß Thalheimer selbst durch seinen zweiten Artikel von seinem ersten abgerückt sei.

Auf der **AK-Sitzung vom 30. September** kam es zu keiner Behandlung dieses Antrags, denn es kam zum „Krach“. Neben den drei AK-Mitgliedern nahmen H. Tittel und H. Brechenmacher an der Sitzung teil, der letztere unbekannt in welcher Eigenschaft. Brechenmacher gehörte nicht einmal der KPO an, hatte aber mit ihr in der Illegalität zusammengearbeitet, bis er 1937 aufgrund einer drohenden Verhaftung emigrieren mußte. Auf der Sitzung vertrat er den Standpunkt Brandlers und Thalheimers.<sup>10</sup> Diese schoben die Schuld an dem Auftritt der anderen Seite zu und schlossen Borochowicz auf ein Jahr aus dem AK aus.

## Die Auseinandersetzung in der KPO-Emigration

Die Auseinandersetzungen beschränkten sich nicht auf das AK, sie griffen auf die KPO-Emigration über, angefangen bei der Pariser Gruppe, der stärksten in Frankreich. Auf die

6 IK, Oktober 1938. Die Krise, S.5.

7 „Material ...“, Oktober 1938, Antrag, S.1ff.

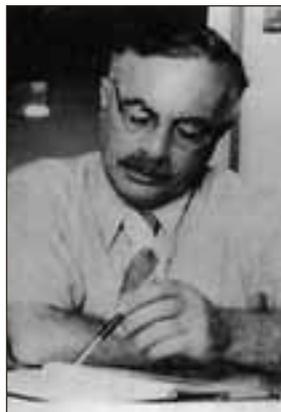
8 Londoner Büro = „Internationales Büro für revolutionäre sozialistische Einheit“ mit Sitz in London, loser Zusammenschluß linkssozialistischer Parteien und Gruppen. Nachdem die Leitung Mitte der 30er Jahre auf die POUM übergegangen war, strebte die IVKO volle Mitgliedschaft an. Die IVKO hatte bis dahin in einem Kartellverhältnis zum Londoner Büro gestanden.

9 „Material ...“, Oktober 1938. Zwischen Krieg und Frieden, S.11.

10 Die Feststellung, nicht der KPO angehört zu haben, machte H. Brechenmacher in einer mündlichen Unterredung mit dem Verfasser.

Maßnahme Brandlers und Thalheimers, dem dritten AK-Mitglied, Borochowicz, die politische Kontrolle der *Arbeiterpolitik* zu entziehen, antworteten deren Mitarbeiter, E. Hausen (Alfred), R. Monden und Elly Brücker, daß diese Maßnahme ohne jede Rücksprache mit ihnen erfolgt sei und im krassen Widerspruch zum Prinzip des demokratischen Zentralismus stehe. „Wir beantragen daher, daß das AK den in der Frage der ‚Arpo‘ gefaßten Beschluß aufhebt.“ In einem zweiten, vom 2. Oktober datierten, Antrag führten die drei Antragsteller eine politische Frage von Bedeutung an, die des revolutionären Defaitismus, eine Frage, die bisher in der Auseinandersetzung des AK keine Rolle gespielt hatte.

Mit der steigenden Kriegsgefahr seit der Errichtung der NS-Diktatur in Deutschland war die Frage akut geworden, welche Haltung die Arbeiterklasse der verschiedenen Länder im Kriegsfall einzunehmen habe. Im IK vom Februar 1936 war die Frage unter dem Titel „Der imperialistische und der revolutionäre Krieg heute“ eingehend behandelt worden. (Siehe dazu auch Erwin Gräff: *Die KPO und die Kriegsfrage vor Ausbruch des 2. Weltkrieges*.) Der Verfasser, A. Thalheimer, hatte insbesondere derjenigen Frage seine Aufmerksamkeit zugewandt, die durch die Perspektive des „gemischten“ Krieges eine Beantwortung verlangte, d.h. des Krieges zwischen imperialistischen Mächten, in dem die Sowjetunion der Verbündete einer der beiden Mächtegruppen werden könnte, nämlich der Westmächte, aufgrund ihres Militärbündnisses mit Frankreich. Ausgehend davon, und später mit der Perspektive eines isolierten Krieges zwischen der Tschechoslowakei und Hitlerdeutschland vor Augen, stellte Thalheimer fest, daß die Leninsche Losung vom revolutionären Defaitismus nicht zu allen Zeiten und in allen Lagen Gültigkeit habe, daß sie der Hauptlosung der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den



Heinrich Brandler und August Thalheimer

Bürgerkrieg und den revolutionären Krieg untergeordnet sei, und daß die Losung des revolutionären

Defaitismus ihre Gültigkeit verlieren, „wenn sie in Widerspruch geraten würde zum allgemeinen revolutionären Ziel, wenn sie die Revolution schädigen würde.“<sup>11</sup> Im IK vom Juli 1938 nahm das AK erneut Stellung zur Frage des revolutionären Defaitismus, wobei dem tschechischen Fall besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Aufgrund seiner Verbindung mit der deutschsprachigen KPO-Gruppe des Sudetenlandes war das AK über die Stimmung im Lande gut unterrichtet. Als Zusammenfassung des beiderseitigen Meinungsaustausches muß die abschließende Betrachtung obigen Artikels angesehen werden: „Der Sieg Hitlerdeutschlands würde die ČSR in eine faschistisch beherrschte deutsche Kolonie verwandeln. Er würde die Zerschlagung aller Arbeiterorganisationen bedeuten. Er würde bedeuten, daß zunächst der Kampf der slawischen Völker der ČSR gegen die nationale Unterdrückung durch die Deutschen alles andere überwuchern würde. Die Bedingungen für die proletarische Revolution in der ČSR wären nicht verbessert, sondern sie wären ungeheuer verschlechtert und erschwert. Der Defaitismus wäre in diesem Falle jedenfalls kein revolutionärer Defaitismus. Er ist daher abzulehnen.“<sup>12</sup>

Als Wendung bezeichneten die Antragsteller Hausen, Monden und Brücker das Aufgeben der Losung des revolutionären Defaitismus im

Falle der Tschechoslowakei, eine Wendung, mit der sie sich einverstanden erklärten, um – widersprüchlich dazu – in der Absetzung von Borochowicz nur einen Vorwand für weitergehende und auf eine grundlegende Änderung der Linie der Gruppe abzielende Absichten zu sehen. Worin diese Änderung bestand, wurde nicht weiter ausgeführt.

Am 2. Oktober brachte Kuno Brandel einen Antrag beim AK ein, in dem er diesem vorwarf, die Stellungnahme der Gruppe in der Frage des revolutionären Defaitismus einer Revision unterzogen und die bisher von der Gruppe vertretene Auffassung preisgegeben zu haben, so wie sie im Aufruf des Londoner Büros und in der Broschüre „Der Krieg und die Kommunistische Internationale“ zum Ausdruck komme. Er bezog sich dann auf die gegen Borochowicz getroffenen Maßnahmen und schlug vor ihre sofortige Rückgängigmachung, eine Erweiterung des AK, in das Hausen und Tittel aufzunehmen wären und eine allgemeine politische Diskussion über den Rahmen der Fünfergruppen hinaus.

## Die Spaltung

In der „Antwort des AK auf die Anklagen der Fraktion Leo-Hans gegen die ergriffenen organisatorischen Maßnahmen des AK“ rechtfertigten Brandler und Thalheimer ihre Maßnahmen bezüglich Borochowicz und wiesen die Proteste von Hausen, Monden und Brücker ab. Die von ihnen ergriffenen Maßnahmen sollten – nach ihrer Auffassung – verhindern, daß anstelle einer Diskussion zur Klärung politischer Meinungsverschiedenheiten Fraktionstreibereien gefördert würden.

In Bezug auf die behauptete Wendung der Linie der KPO wiesen Brandler/Thalheimer auf Beschlüsse des AK und des Londoner Büros der IVKO hin, wie sie in drei Rundschreiben bzw. Briefen an die Mitglieder der KP der Tschechoslowakei (O) zum Ausdruck gekommen seien. Sie nahmen für sich in Anspruch, eine Diskussion über die Kriegsfrage in

11 IK, Februar 1936, *Der imperialistische und der revolutionäre Krieg heute*, S.10.

12 IK, Juli 1938, *Zur Frage des revolutionären Defaitismus. Zum tschechischen Fall*, S.9.

13 „Material ...“, Oktober 1938, S.26.

14 a.a.O., S.28

der gesamten Mitgliedschaft angeregt und zu diesem Zweck Hausen und andere Genossen aufgefordert zu haben, Diskussionsartikel zur Kriegsfrage zu schreiben. Dies, nachdem Borochowicz einem ihm am 6. September erteilten Auftrag nicht nachgekommen sei, „je einen Entwurf eines Aufrufs zur Lage für IVKO und KPD(O) zu machen, der als Basis einer klärenden Diskussion im AK, und wenn erforderlich, in der Mitgliedschaft dienen konnte.“<sup>15</sup>

Auf die Anklage von Brandler, daß der Standpunkt der Gruppe betreffend die Losung des revolutionären Defaitismus revidiert worden sei, entgegneten Brandler/Thalheimer, daß der Standpunkt des AK im Falle eines isolierten Krieges der Tschechoslowakei gegen Hitlerdeutschland (Ablehnung der Losung des Defaitismus und Umwandlung des imperialistischen Krieges in den revolutionären Verteidigungskrieg) sowohl in der Pariser Emigration wie in Südfrankreich diskutiert und gebilligt worden sei.

Brandler/Thalheimer schlossen ihre Entgegnung mit der Feststellung ab: „Was übrig bleibt, ist eine verschiedene Beurteilung der Einschätzung der politischen Ereignisse dieses Jahres. Es muß versucht werden, die Diskussion solcher Differenzen besser, wie bisher, in der Emigration zu organisieren. Das müssen die Genossen der Emigration selbst tun. AK kann sie nur unterstützen.“<sup>16</sup> Auf der anderen Seite hielten Brandler/Thalheimer die Enthebung von Borochowicz aus seinen Funktionen als AK-Mitglied auf ein Jahr aufrecht mit der Begründung, er und Tittel hätten sich eines Fraktionsvorstoßes schuldig gemacht.

Die von Brandler/Thalheimer angestrebte Diskussion der Differenzen kam nicht zustande. Borochowicz, Tittel und Genossen verließen die KPO. Ihnen schloß sich fast die gesamte Ascher KPO der CSR an, die sich in England befand, und Genossen in Dänemark.<sup>17</sup>

## Die Ursachen der Spaltung

Die Krise im AK entstand plötzlich, ohne Vorwarnung. Sie bildete nicht den Höhepunkt einer sich lang hinziehenden Auseinandersetzung innerhalb der KPO-Emigration. Der Anlaß, ob es zu einem gewissen Zeitpunkt zum Kriegsausbruch komme oder nicht, war eine Nebenfrage. Die Ursachen zur Auseinandersetzung, die in einer Spaltung resultierte, müssen daher woanders gesucht werden. Sicherlich waren politische Fragen

halb der Partei eine Mehrheit hatte sammeln können)<sup>18</sup>, die KPD-O dominierte aber vor allem ideologisch. Sie war daher besser gerüstet, auf die verschiedenen Aspekte der politischen Entwicklung zu reagieren und ihr Geschlossenheit zu bewahren. Die Aufgabe, die sie sich mit ihrer Bildung gestellt hatte, war eine Reform der Komintern an Haupt und Gliedern. An dieser Möglichkeit zweifelte bereits 1931 eine Minderheit innerhalb der KPD-O und verließ sie, um sich der SAP anzuschließen. Durch

die Errichtung der NS-Diktatur und die Beschränkung auf die illegale Tätigkeit verlor die KPD-O, wie alle anderen Arbeiterorganisationen, an Wirkungsmöglichkeit. Verfolgungen durch die Gestapo reduzierten den ihr verbliebenen Mitgliederstamm.

Nach der Niederlage in Deutschland 1933 zeichnete sich

die bestimmenden, aber in einem anderen Sinne, wie sie die Beteiligten verstanden. Die Ursachen müssen in der Lage der Kommunistischen Opposition vor Ausbruch des 2. Weltkrieges gesucht werden.

## Die Entwicklung der KPD-O

In der Internationalen Vereinigung Kommunistischer Opposition (IVKO) dominierte die deutsche Gruppe zahlenmäßig (nur zeitweise durch die oppositionelle KP Schwedens überflügelt, die inner-

schließlich eine Abwendung der Komintern von der ultralinken Linie ab. Die KPO schöpfte neue Hoffnung. Auf der ersten Auslandskonferenz Ostern 1934 wurde eine Hinwendung an das Exekutivkomitee der Komintern beschlossen, mit der Aufforderung, zu ihrem bevorstehenden 7. Weltkongreß Vertreter der KPD-O und des Büro der IVKO mit beratender Stimme zuzulassen. Das Ergebnis dieses Weltkongresses entsprach nicht den Erwartungen der KPO.

Die Komintern gab zwar die ultralinke Linie auf, aber nur, um vom linken Straßengraben in den rechten



15 a.a.O., S.30.

16 a.a.O., S.32.

17 Brief Tittel/Buschak 10.6.1979: Wer die Genossen in Dänemark waren, hat sich nicht mehr feststellen lassen. Siehe Brief Richter/Gräff 16.2.1984. „Als wir damals 1938 hier in der Gruppe die Frage ‚gemischter Krieg – revolutionärer Defaitismus‘ diskutierten, waren wir prinzipiell einig in der Beurteilung des gemischten Krieges. Daß es aber im AK bei der Beurteilung zur damals augenblicklichen Frage - Kriegsgefahr – zum Bruch/Krach und Ausschluß von Leo kommen sollte (...), hatten wir keine Ahnung und daß der ‚Krach‘ nachfolgend zur Spaltung der KPO-Emigration führte, ebenfalls (nicht).“

18 Bernt Kennerström: Mellan två internationaler (Zwischen zwei Internationalen). Die Sozialistische Partei 1929-37, S.26. Die Zahl für die oppositionelle Mehrheit, die später ihren Namen von KP Schweden (SKP) in Sozialistische Partei (SP) änderte, wird mit 7.100 angegeben, für die moskautreue Minderheit mit 4.000.

zu fallen. Mit der Volksfrontpolitik, die auf dem 7. Weltkongreß aus der Taufe gehoben wurde, verließen die Komintern und die ihr angeschlossenen Kommunistischen Parteien den Boden des Kommunismus. Von nun ab trennten nicht mehr nur taktische Differenzen Opposition und Komintern, sondern prinzipielle. Damit wäre der Augenblick für die Opposition gekommen, den gefallenen Mantel aufzuheben und sich als kommunistische Partei zu konstituieren. Dafür waren indes ihre Kräfte zu schwach. So verblieb die Aufgabe, die der Opposition zugefallen war, ungelöst.

Anfang 1937 rollte die Gestapo die illegale Reichsleitung auf und zerschlug die Organisation.<sup>19</sup> Aber „bis zum März 1940 bestand zwischen dem AK und dem Inland noch sporadischer Kontakt“.<sup>20</sup> Ab 1937 war somit die KPO als Organisation nur noch durch ihr AK und ihre Emigrantengruppen repräsentiert. Sie verteilten sich auf fünf Länder in Europa und umfaßten rund 100 Mitglieder.<sup>21</sup>

### Die Entwicklung der Internationalen Vereinigung der Kommunistischen Opposition (IVKO)<sup>22</sup>

Die IVKO war sich einig in ihrer Ablehnung der Beschlüsse des 4. Weltkongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale von 1928 und des 6. Weltkongresses der Komintern vom selben Jahr. Die politische Entwicklung der folgenden Jahre und die Stellung, die ihre Ländergruppen dazu nahmen, ließ sie verschiedene Wege gehen. 1933 verließ die stärkste Gruppe, die schwedische, die IVKO,

um sich der Internationalen Arbeitsgemeinschaft gegen den Krieg (IAG) mit Sitz in London (daher Londoner Büro) anzuschließen. 1934 verließ die KP der Schweiz mit Stützpunkt in Schaffhausen die IVKO. Im selben Jahr wurden die Vorläufer der späteren Volksfrontpolitik im Bezirk Elsaß der KP Frankreichs aus der IVKO ausgeschlossen, wodurch der Opposition



nur eine kleine Restgruppe erhalten blieb. Neben den kleinen unbedeutenden Ländergruppen in Indien, Österreich und der CSR (Asch) gehörten der IVKO seit 1935 nur noch zwei größere Gruppen an, die deutsche KPO und die US-amerikanische Lovestone-Gruppe. 1938 trennte sich die IVKO von der indischen Gruppe um M. N. Roy aufgrund der von ihm eingeschlagenen Linie in der Kriegs-

frage (Burgfriedenslinie) und seiner Abwendung vom Marxismus (Verkündung des „Neuen Humanismus“). Im selben Jahr spitzte sich ein latenter Konflikt zwischen der KPD-O und der Lovestone-Gruppe zu in der Frage des Londoner Büros, das seinen Namen IAG in Internationales Büro für revolutionär-sozialistische Einheit geändert hatte. Die Lovestone-Gruppe forderte dessen Umbildung in ein neues „Internationales Zentrum“, d.h. die Bildung einer neuen Internationale, was die KPD-O immer abgelehnt hatte. Darüber kam es zum Bruch zwischen den beiden Organisationen und damit zum Ende der IVKO.

### Die Existenzberechtigung der KPD-O nach dem 7. Weltkongreß der Komintern

Was die Haltung der KPO-Emigranten zu den politischen Fragen auszeichnete, war ihre völlige Einmütigkeit bis zur Septemberkrise. Zwar gab es genug Stoff, der zu Auseinandersetzungen einlud und zu Spaltungen hätte führen können. Da war die Einstellung zum Stalinismus. Anfänglich hatte das AK die Maßnahmen Stalins und der Mehrheit des russischen ZK gegen die Angeklagten im ersten Moskauer Schauprozeß vom August 1936 gebilligt (Kamenew, Sinowjew und Smirnow). Auch gegenüber dem zweiten Prozeß vom Januar 1937 meldete das AK nur Bedenken an (Radek, Pjatakow und Genossen). Immerhin war ein Umdenken im Gang. Erst anlässlich des dritten Prozesses im März 1938 nahm das AK in scharfen Worten Abstand von den Maßnahmen der russischen Führung.<sup>23</sup> Auch H. Tittel hat die Stellungnahme des AK vertreten und Referate darüber in Asch gehalten.<sup>24</sup>

Zu der Wandlung des AK in der Beurteilung der Führung der Sowjetunion und insbesondere Stalins trug die politische Entwicklung in Spanien entscheidend bei. Über die deutschen KPO-Mitglieder, die auf republikanischer Seite kämpften und in engem Kontakt mit der POUM standen, waren das AK und die IVKO weitgehend

19 W. Abendroth: *Ein Leben in der Arbeiterbewegung*, S.194.

20 K.H. Tjaden: *Struktur und Funktion der "KPD-Opposition" (KPO)*, S.328.

21 Detaillierte Angaben bei Hans Tittel (Brief Tittel/Foitzik 9.4.81), indes sind Korrekturen notwendig. In Skandinavien lebten 1939 24 Mitglieder (Erwin Gräff: *Verzeichnis über die deutsche KPO-Emigration in Dänemark, in Norwegen und in Schweden*). In Troyes (Frankreich) lebten 1937 6 Mitglieder, nach März 1939 niemand.

22 K.H. Tjaden: a.a.O., 4. Zur internationalen „rechten“ KP-Opposition, S.259ff und: *Die internationalen Verbindungen des Auslandskomitees...*, S.328ff. Siehe Anhang: *Die Mitglieder der IVKO*.

23 IK, Nr.4, November 1936. IK, Nr.1, Februar 1937. IK, Nr.1, März 1938.

24 Mündliche Mitteilung an den Verfasser, Oktober 1978.

über die politische Lage in Spanien unterrichtet. Da die Wendung des AK in der Einstellung zur Stalin-Führung im Einklang mit der Basis stattfand, war jedenfalls nicht diese Frage der Anlaß zu der späteren Auseinandersetzung im AK.

Auch die Frage des „*Demokratischen Zentralismus*“, der in einen „*Bürokratischen Zentralismus*“ ausgeartet war, wurde nicht zum Gegenstand der Auseinandersetzungen. Es fanden Diskussionen darüber statt, aber sie fanden nicht ihren Niederschlag in Erklärungen oder in der Formulierung gegensätzlicher Standpunkte. Der Standpunkt Thalheimers in dieser Frage war: „*Der Demokratische Zentralismus hat (...) zwei Seiten, eine, die von oben nach unten geht, das Kommandieren, das ist der Zentralismus, und eine, die von unten nach oben geht, das ist das Demokratische daran.*“ (Um was geht es? - S. 28).

Anders war es mit der Frage des „*revolutionären Defaitismus*“. Obwohl diese Frage in ausführlichen Artikeln im IK von Thalheimer/Brandler (IK Februar 1936, IK Juli 1938) und im Laufe des Jahres 1938 in der KPO-Emigration behandelt worden war, scheint die Bedeutung dieser Frage als einer der Hauptlosung untergeordnete (Umwandlung des imperialistischen Krieges in den revolutionären durch Sturz der bürgerlichen Regierung) nicht allgemein erkannt worden zu sein. Das Bezeichnende indes ist, daß nicht diese Frage die Auseinandersetzung im AK auslöste, sondern eine zweitrangige, nämlich die des Zeitpunktes des Kriegsausbruches. Sie war die Frage, hinter der sich eine andere verbarg, die der Existenzberechtigung der KPO nach dem 7. Weltkongreß der Komintern.

Mit der Auflösung der Roten Gewerkschaften, die eine der Voraussetzungen für die Volksfrontlinie der Komintern war, wurde ein Stein des Anstoßes auf dem Wege des Zusammenwirkens der beiden großen Arbeiterparteien, der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen, aus dem Wege geschafft. Für viele der Landesgruppen, die der IVKO angeschlossen waren, wurde damit ein wesentliches Hindernis beseitigt. Und in der Volksfrontlinie sahen sie die Verwirklichung des Einheitsfrontgedankens. Darin lag der grundlegende Unterschied zur deutschen Grup-

pe der KPO. Was diese betraf, so war zwar die Gewerkschaftsfrage eine sehr wichtige Frage, aber nicht die einzige und keineswegs eine übergeordnete, sondern im Gegenteil eine der Frage des Sozialismus untergeordnete. Darum hatte die KPD-O zur Volksfrontlinie des 7. Weltkongresses der Komintern eine Einstellung, die derjenigen der übrigen Ländergruppen der IVKO genau entgegengesetzt war. In der Volksfrontlinie sah sie eine Pervertierung des Einheitsfrontgedankens, d.h. der Zusammenarbeit aller Arbeiterorganisationen in bestimmten Tagesfragen, um diese für den Sozialismus zu mobilisieren. Die Volksfrontlinie zielte ganz im Gegenteil darauf ab, die Frage des Sozialismus auf den Sankt-Nimmerleinstag zu verschieben. Sie war eine durch die außenpolitischen Bedürfnisse der Sowjetunion diktierte Linie, die von den moskautreuen Kommunistischen Parteien im vermeintlichen Interesse der Sowjetunion und der kommunistischen Weltbewegung angenommen und vertreten wurde.

Welche Möglichkeiten hatte die KPD-O, sich der neuen Linie der Komintern zu widersetzen? Wenn ihre Reformversuche der Komintern „*an Haupt und Gliedern*“ unter deren ultralinken Periode sich als vergeblich erwiesen hatten, so war die Aussicht, mit geringeren Mitteln, weil geschwächter Organisation, gegen die Burgfriedenslinie der Komintern anzugehen, ja, diese zu ersetzen, aussichtslos. Ohne Wirkungsmöglichkeit in der Arbeiterbewegung ihrer Asylländer, auf sich selbst gestellt, ihre Mitglieder politisch, ökonomisch und sozial ausgesetzt, an den Rand der Gesellschaft des Asyllandes gedrängt, das sie gerade noch duldeten, bewahrte die KPD-O ihr Einheitsfrontgedanke aufgrund ihrer korrekten Beurteilung der politischen Entwicklung im Weltmaßstab. Aber auch die scharfsinnigste Analyse kann auf die Dauer nicht die Organisation ersetzen. Auch die besten Anweisungen zum Handeln können die Handlungen selbst nicht ersetzen. So mußte sich eines Tages, angesichts des Niederganges der Arbeiterbewegung im allgemeinen und der kommunistischen Opposition im besonderen, für die Mitglieder der KPO die Frage stellen: Zu welchem Zweck halten wir noch zusammen? Der Tag kam, als die politische Temperatur bis zur Siedegrenze

stieg, als die deutsche Emigration in Frankreich angesichts der drohenden Kriegsgefahr, vor der sie jahrzehntelang gewarnt hatte, machtlos stand. Der „*Krach*“ im AK war Ausdruck der hoffnungslosen Lage, in die die KPO-Emigration als politische Organisation geraten war, die Heftigkeit, mit der die Auseinandersetzungen geführt wurden, Ausdruck der hoffnungslosen Lage, in der sich ihre Mitglieder befanden, mit der drohenden Internierung im Kriegsfall vor Augen, ungeachtet ihrer Eigenschaft als Antifaschisten.

Minderheit und Mehrheit, die sich im Laufe der Auseinandersetzung im AK und der Pariser Emigration herausbildeten, glaubten politische Fragen zu verteidigen. In der Tat handelte es sich um politische Fragen, aber um andere als alle Beteiligten meinten. Es ging um die Existenzberechtigung der KPD-O. Daß dem so war, zeigte der Weg, den die Minderheit nach ihrer Trennung von der Mehrheit ging. In den USA, wohin die Minderheit mit Hilfe der Lovestone-Gruppe nach der Besetzung Frankreichs emigrieren konnte, faßte sie den Beschluß, sich als Fraktion oder Gruppe der KPO aufzulösen und jedem Einzelnen das Recht zuzugestehen, seine eigene politische Meinung zu vertreten.<sup>25</sup>

Was von den damaligen Auseinandersetzungen zu sagen ist: „... die Geschichte ist großzügig über diesen Konflikt hinweggegangen.“<sup>26</sup> Was bleibt, ist, daß Brandler/Thalheimer die Kriegsfrage in neuem Lichte gesehen haben. Während die großen Arbeiterparteien bereits vor dem Kriege Burgfriedenspolitik betrieben, wenn auch aus verschiedenem Anlaß, wenn Sozialdemokraten einem Pazifismus huldigten, der dem Defaitismus der Reaktionäre Vorschub leistete, wenn Trotzki die Losung des „*revolutionären Defaitismus*“ auch im Falle des „*gemischten*“ Krieges zur Doktrin erhob und damit, wie die Pazifisten, dem reaktionären Defaitismus ungewollt in die Hände arbeitete, lösten Brandler/Thalheimer den Knoten, der sich um die Kriegsfrage entwickelt hatte – eine historische Leistung, die die wenig rühmliche Rolle der beiden großen Arbeiterparteien ins rechte Licht rückt.

Erwin Gräff, 15. Februar 1985

25) Brief Tittel/Bergmann 2.11.1978.

26) Brief Tittel/Gräff 6.11.1978.

# „Er ist immer an Händen und Füßen gefesselt“

## Zur Situation des politischen Gefangenen Ricardo Palmera in den USA

Wie kolumbianische Medien im Januar 2011 berichteten, wird auch der aktuelle Prozess der US-amerikanischen und kolumbianischen Regierungen gegen Ricardo Palmera per Videokonferenz geführt. Professor Palmera befindet sich in verschärfter Einzelhaft im „Supermax“ ADX Hochsicherheits-Gefängnis in Florence, Colorado, in den USA und soll dieses auch weiterhin nicht verlassen. Er ist immer an Händen und Füßen gefesselt wenn er bei den besagten Videoübertragungen dem Prozess, der gegen ihn in Kolumbien stattfindet, „beiwohnt“.

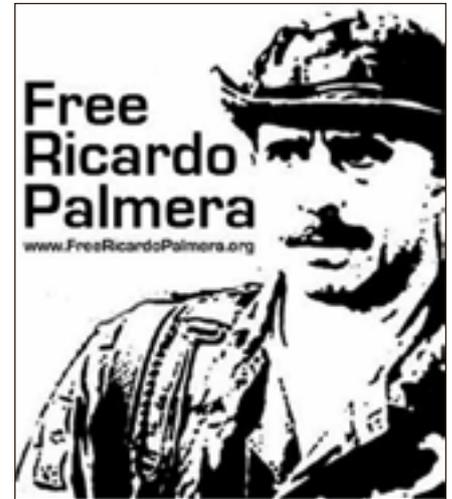
Im Januar 2010 wurde Simon Trinidad, so der „nom de guerre“ von Ricardo Palmera, als leitender Friedensunterhändler der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee (FARC-EP) auf dem Weg zu einem Treffen mit dem Berater des damaligen UN-Generalsekretärs Kofi Annan festgenommen. In Quito, der Hauptstadt Ecuadors, überwältigten ihn US-Agenten auf offener Straße und verschleppten ihn anschließend in die USA, wo er bis heute in verschiedenen Hochsicherheitsknästen unter strengster Isolation einsitzt.

### Verfahren und Haftsituation

Nach seiner Festnahme in Südamerika sperrte die damalige Bush-Administration ihn zunächst nahe

der Hauptstadt Washington, D.C., ein. Sowohl die US-Justiz als auch die kolumbianischen Behörden eröffneten Verfahren gegen ihn. Vor US-Gerichten gab es bisher vier Prozesse gegen Professor Palmera – nun will ihn auch der Juniorpartner Kolumbien in Schauprozessen verurteilen.

Ohne eine Chance auf ein einigermaßen faires Verfahren wurde Ricardo Palmera letztlich im zweiten der vier US-Prozesse schuldig gesprochen, Kader der FARC-EP zu sein – ein Fakt, auf den Palmera auch in seinem politischen Statement am Ende des Prozesses, in dem er seine politische Identität ausführlich darstellte, stolz einging. Vorausgegangen war eine erste Verhandlung, bei dem die Jury kein eindeutiges Urteil fällen konnte. Der zuständige Richter Labert verurteilte ihn schließlich in eben jenem zweiten neu aufgeroll-



ten Prozess nach Absprache mit dem State Department zu einer Strafe von 60 Jahren Einzelhaft! Dabei endeten die folgenden beiden Prozesse (also der dritte und vierte) in den USA wieder mit einem nicht eindeutigen Votum der Jury.

Professor Palmera besitzt in der Haft im Grunde keine Menschenrechte mehr. Er ist ohne jeglichen menschlichen Kontakt, abgesehen vom Knastpersonal, eingesperrt und darf nur eine Stunde am Tag die Zelle verlassen, um alleine ein wenig zu laufen und Sport zu treiben. Keinem einzigen Unterstützer Palmeras – auch keinem Journalisten – ist es erlaubt

### Supermax-Gefängnisse in den USA

„Vollkommene Isolation – so lässt sich das Leben im Supermax beschreiben.“ Mit diesen Worten erklärte Cordula Schmitz von „Welt Online“ in einem Bericht vom November 2006 das Supermax ADX-Gefängnis in Florence, Colorado.

Supermax bedeutet in diesem Zusammenhang etwa: Hochsicherheitsgefängnis für Schwerstkriminelle. In der „Knast-Hierarchie“ der USA wird nach der Sicherheit der Gefängnisse und der Gefährlichkeit ihrer Insassen zwischen Minimum, Low, Medium und High und den

Bundes-Hochsicherheitsgefängnissen unterschieden. Supermax-Gefängnisse gehören zur absolut höchsten Stufe und sind in letzterer Kategorie organisiert. Die Gefängnisse werden auch mit dem Kürzel ADX („Administrative Maximum Facility“) bezeichnet, was so viel bedeutet wie Anlage mit maximaler Sicherheitsstufe. Aktuell ist das Gefängnis in Colorado der einzige komplette Knast mit diesem Standard in den USA.

Der Gefangene hat außer mit den Wärtern keinen Kontakt mit anderen Insassen mehr. Kontakte mit Angehörigen und sonstigen Besuchern sind nur sehr eingeschränkt

möglich – im Falle von Ricardo Palmera sogar gänzlich ausgeschlossen. Alle Räume, auch seine Zelle, werden 24 Stunden am Tag per Video überwacht – egal was er gerade macht. 23 Stunden muss der Inhaftierte auf der Zelle bleiben, raus darf er im Normalfall nur im Einzelhofgang, um sich ein wenig zu bewegen. Praktisch alle Möbel bestehen aus Stahlbeton, der Spiegel aus poliertem Stahl. Das Fenster ist winzig und so weit oben angebracht, dass der Gefangene nur den Himmel sieht und sich so nicht orientieren kann, wo er sich im Knast befindet oder wie dieser aussieht.

BuVo-Pit

ihm zu schreiben, mit ihm zu kommunizieren, geschweige denn ihn zu besuchen. Das Weiße Haus und das Justizministerium leugnen zudem natürlich vehement, dass er ein politischer oder Kriegsgefangener sei. Gerade Professor Palmera gilt eben auch als Symbol des Widerstandes gegen die US-Interventionen und -Kriege in Lateinamerika. Dies gilt umso mehr im Kontext von Kolumbien, das beispielsweise den größten Anteil der US-amerikanischen Militärhilfe in der Region und damit Milliarden von Steuergeldern für den Krieg und die Bekämpfung der revolutionären Guerrillas bekommt.

### Repression gegen Unterstützer in den USA

Im Zusammenhang mit der strategischen Politik der US-Administration in Kolumbien wird nun auch die Repression in den USA mit Hilfe von FBI-Durchsuchungen und Grand Jury-Vorladungen gegen Solidaritätsaktivistinnen und -aktivisten verstärkt. Bei allen bisherigen vier Verfahren wurde etwa vor dem

jeweiligen Justizgebäude öffentlichkeitswirksam demonstriert. Auch als ein weiteres in den USA inhaftiertes FARC-Mitglied Anayibe „Sonia“ Valderrama, der Prozess gemacht wurde, gab es viele Proteste.

Viele derer, die Solidaritätsarbeit für Ricardo und Sonja machen und eben die Protestkundgebungen und Demonstrationen organisierten, waren schließlich im Sommer letzten Jahres von Razzien in ihren Häusern und Wohnungen betroffen. Alle wurden außerdem vor die Grand Jury im US-Bundesstaat Illinois vorgeladen wo entschieden wurde, ob Anklage erhoben wird oder nicht. Alle Mitglieder dieser Jury werden jedoch vom Justizministerium und damit vom zuständigen Minister von Illinois, Patrick Fitzgerald, ausgesucht, von dessen Büro aus bezeichnenderweise bereits die Befehle für die Razzien erteilt wurden.

Insgesamt 23 Aktivistinnen und Aktivisten sehen sich nun mit langen Verfahren und Knast konfrontiert. Offizieller Grund für diese Repressionswelle in den USA ist, wie nun bekannt wurde, dass im Zuge der Solidaritätsarbeit auch Interviews mit

Mitgliedern der FARC-EP, aber auch beispielsweise mit der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP), geführt oder nachgedruckt wurden. Den Betroffenen wird nun vorgeworfen, „ausländische terroristische Vereinigungen materiell unterstützt zu haben“. In diesem Zusammenhang machte der US Supreme Court in einer aktuellen Entscheidung deutlich, dass es offensichtlich möglich ist, alleine durch die Veröffentlichung seiner oder eben der Meinung Anderer „materiell den Terrorismus zu fördern“. Diese faktischen Einschränkungen der Meinungsfreiheit dürfte nicht zuletzt auch eine Reaktion auf die Proteste gegen die Inhaftierung von Ricardo Palmera sein.

Tom Burke/Übersetzung: BuVo-Pit

• Weitere Infos:

<http://www.freericardopalmera.org> (Englisch)

<http://freericardo.blogspot.de> (Deutsch)

Aus:  **DIE ROTE HILFE**  
Zeitung der Roten Hilfe e.V., 2/2011  
Bezugsadresse: Rote Hilfe e.V., Literaturvertrieb, Postfach 6444, 24125 Kiel  
Telefon & Fax 0431/751 41  
[literaturvertrieb@rote-hilfe.de](mailto:literaturvertrieb@rote-hilfe.de)

Anzeige



## Rote Hilfe organisieren – Mitglied werden!



**ROTE HILFE e.V.**

Bundesgeschäftsstelle, Postfach 3255

37022 Göttingen

Tel.: 0551 – 770 80 08 (Di. & Do. 15:00 – 20:00 Uhr)

Fax: 0551 – 770 80 09

[bundsvorstand@rote-hilfe.de](mailto:bundsvorstand@rote-hilfe.de) – [www.rote-hilfe.de](http://www.rote-hilfe.de)

**Spendenkonto:**

Rote Hilfe e.V., Konto-Nr: 19 11 00 – 462

BLZ: 440 100 46, Postbank Dortmund

IBAN: DE75 4401 0046 0191 1004 62

BIC: PBNKDEFF

# Die Legende wird fortgeschrieben

## Rezension zu: Eberhard Czichon und Heinz Marohn, Thälmann. Ein Report, Verlag Wiljo Heinen, Berlin 2010

Eberhard Czichon und Heinz Marohn sind mit einem hohen Anspruch angetreten: Sie wollten mit ihrer Thälmann-Biographie, die nach rund zehnjähriger Arbeit vor wenigen Wochen erschienen ist, „um die historische Wahrheit kämpfen“ und diese „historische Wahrheit“ gegen den „modernen Geschichtsrevisionismus“ verteidigen (S. 12). Diesem selbstgesetzten Anspruch sind die Autoren jedoch nicht gerecht geworden, denn sie waren nicht bereit – und möglicherweise auch nicht in der Lage –, eine kritische und differenzierte Sicht auf Ernst Thälmann und sein Wirken zuzulassen. Eine Korrektur an der Legende fand nicht statt und war von den Autoren auch ganz offensichtlich nicht gewollt. Im Gegenteil, sie haben diese Legende fortgeschrieben.

An mangelndem Aktenstudium kann es nicht gelegen haben, denn das beeindruckende Quellenverzeichnis macht deutlich, daß Czichon und Marohn in den einschlägigen Archiven buchstäblich jedes Stück Papier angefaßt und umgedreht haben, das irgendwie Bezug zu Thälmann hat. Etwas anders sieht es bei der aufgelisteten Sekundärliteratur aus: Hier drängt sich der Verdacht auf, daß wichtige Publikationen bewußt weggelassen wurden, weil diese Publikationen durch die kritische und differenzierte Herangehensweise ihrer Autoren in offensichtlichem Widerspruch zum Anliegen und zur Methode von Czichon und Marohn stehen. (Von Ronald Sassning zum Beispiel werden im Literaturverzeichnis lediglich vier ältere Titel genannt, seine Publikation aus dem Jahre 2006 „Rückblicke auf Ernst Thälmann. Der Umgang mit dem KPD-Führer im Widerstreit der Meinungen“ aber, die explizit eine komplexe Sichtweise auf Thälmann einfordert, fehlt.)

Thälmann, so heißt es bei Czichon und Marohn weiter, sei „ohne seine Kritiker ... und sie ohne Thälmann nicht zu verstehen“ (S. 12). Doch Ernst Meyer, Mitbegründer der KPD,

zeitweise ihr Vorsitzender und in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre Mitglied des engsten Führungszirkels der Partei, findet nur am Rande – und dann auch noch falsch – Erwähnung. So soll Meyer Ende 1925 die sogenannte Mittelgruppe gegründet haben (S. 257). Diese Mittelgruppe war allerdings schon im April 1923 entstanden, ohne Mitwirkung von Meyer.

Auch im Falle von Arthur Ewert, einem der tatsächlichen Begründer der Mittelgruppe und ab 1925 gemeinsam mit Meyer eine der maßgeblichen Persönlichkeiten in einer (neuen) Gruppe, die sich bewußt politisch zwischen den Linken und Ultralinken auf der einen Seite und den Rechten auf der anderen Seite verortete und dabei an die Erfahrungen der vormaligen Mittelgruppe anknüpfte, verzichten Czichon und Marohn auf eine Darstellung seiner Positionen und Motive. Sie beschränken sich darauf, Ewert im Zusammenhang mit zwei Briefen vom Sommer 1927 an Nikolai Bucharin, dem Vorsitzenden der Komintern, vor allem jedoch der sogenannten Wittorf-Affäre im Herbst 1928 als „Denunzianten“ zu diffamieren (S. 314 f.) und ihm gegen Thälmann gerichtete Fraktionsarbeit vorzuwerfen.

Keinen Hinweis gibt es bei Czichon und Marohn darauf, daß Thälmann mindestens bis zum Essener Parteitag 1927 bemüht war, sich in der Auseinandersetzung mit den Linken und Ultralinken innerhalb der KPD der Unterstützung der Gruppe um Meyer und Ewert zu versichern. Kein Wort davon, daß am 24. Dezember 1926 in Moskau eine Vereinbarung



zwischen Thälmann und Meyer unterzeichnet wurde, in der Meyer zugunsten eines größeren Einflusses in der engeren Parteiführung auf weitere öffentliche Kritik an Thälmann und dessen Politik verzichtete. Selbst die *Rote Fahne* hatte am 20. Januar 1927 – wenn auch verkürzt – über diesen Vorgang berichtet.

Geradezu böseartig – eine weniger scharfe Formulierung wäre nicht ausreichend – ist der Umgang von Czichon und Marohn mit Clara Zetkin. Deren kritisches Verhältnis zu Thälmann erklären sie einzig aus persönlichen Vorbehalten bzw. Vorurteilen, ja sogar aus einer gewissen intellektuellen Überheblichkeit (S. 177 oder auch Seite 221). Im Falle ihrer Kritik an dem Geheimabkommen zwischen KPdSU und KPD vom 29. Februar 1928 sprechen sie Clara Zetkin sogar die Fähigkeit zur politischen Analyse ab: Clara Zetkin habe den „Protokollvermerk“ lediglich wegen ihrer „freundschaftlichen Beziehungen“ zu Brandler und Thalheimer abgelehnt und damit nicht „zur Festigung der KPD beigetragen.“ (S. 354).

(Den Begriff „Geheimabkommen“ weisen Czichon und Marohn übrigens als „antikommunistisch“ zurück, schließlich hätten auch die Mitglieder des ZK und die Bezirksleitungen von dem „Protokollvermerk“ erfahren (S. 353). Hermann Weber in diesem Zusammenhang als „antikommunistischen Historiker“ zu bezeichnen, ist keineswegs falsch. Doch ersetzt das nicht die Auseinandersetzung mit den von ihm vorgebrachten Argumenten.)

Ähnlich bewerten sie einen – in der einschlägigen Literatur tatsächlich häufig zitierten – Brief von Clara Zetkin an Bucharin vom Sommer 1927, in dem sie Thälmann und dessen unmittelbare Umgebung heftig kritisierte, aber auch zusicherte, Thälmann weiterhin unterstützen zu wollen: „Clara Zetkin“, so die Interpretation von Czichon und Marohn, „vermochte die Lage in der KPD-Führung ... nicht realistisch einzuschätzen. Ihr Urteil gegen Thälmann blieb aufgrund alter Differenzen vorbelastet.“ (S. 340) Daß Thälmann das Schreiben Zetkins in der Folge als „Drecksbrief“ bezeichnete, ist Czichon und Marohn keine Erwähnung wert. Genauso wenig denken sie über die Frage nach, warum sich zwei maßgebliche Funktionäre der KPD, nämlich Ewert und Zetkin, faktisch gleichzeitig und unabhängig voneinander mit den gleichen Sorgen hinsichtlich der KPD und ihres Vorsitzenden an Bucharin wandten. Sie sehen darin nur eine „Intrige und einen Vertrauensbruch“ (S. 315). Daß Thälmann zu jener Zeit seinerseits einen umfangreichen informellen Briefverkehr mit Stalin unterhielt, ist für Czichon und Marohn kein Thema.

Es ist hier nicht der Platz, jedes Kapitel und jeden Abschnitt der mehr als 1000seitigen Publikation zu analysieren. Einige wenige weitere Punkte, die in ihrer Tendenz für das gesamte Buch stehen, mögen deshalb genügen: Die Kämpfe in Mitteldeutschland im März 1921 bezeichnen Czichon und Marohn als das Ergebnis einer Provokation der lokalen Polizei- und Regierungsbehörden. Kein Wort davon, daß sich zu jener Zeit russische Revolutionsspezialisten in großer Zahl in den Raum Halle-Merseburg begeben hatten, um dort gemeinsam mit örtlichen Kräften der KPD einen bewaffneten Aufstand auszulösen. Die (von Czichon und Marohn weder zitierten oder auch

nur referierten) Äußerungen von Paul Levi, der in seiner Broschüre „Unser Weg. Wider den Putschismus“ im April 1921 das Vorgehen der KPD im mitteleuropäischen Raum öffentlich als „bakunistischen Wahnsinn“ und die russischen Emissäre als „Turkestaner“ und „Staatsmänner im Duodezformat“ bezeichnet hatte, werden daher zu „Denunziationen und Gerüchten“ erklärt, die seinen Parteiausschluss gerechtfertigt hätten, zumal Levi „parteiinterne Materialien“ veröffentlicht habe (S. 104).

Der „Hamburger Aufstand“ im Oktober 1923 ist den Autoren etwa zwei Seiten wert. Immerhin bestätigen Czichon und Marohn, daß Albert Schreiner und nicht Thälmann der militärisch Verantwortliche war. Wie Thälmann die Tage des bewaffneten Kampfes in seiner Heimatstadt erlebte, erfährt man allerdings nicht. Von Thälmann heißt es nur, er sei vor allem darum bemüht gewesen, „den Aufstand aus einer Massenbewegung heraus einzuleiten“ (S. 157), die es jedoch weder in Hamburg noch in einem anderen Teil Deutschlands gab.

Viel Wert legen Czichon und Marohn darauf, tatsächliche oder auch nur vermeintliche Differenzen in taktischen Fragen herauszuarbeiten, die es zwischen Ruth Fischer und Ernst Thälmann – beide bis 1925 maßgebliche Repräsentanten des linken bzw. ultralinken Flügels der KPD – gab oder – im Verständnis von Czichon und Marohn – zumindest gegeben haben sollte. Allerdings müssen selbst Czichon und Marohn eingestehen, daß die „Zentrale der KPD die taktischen Differenzen zwischen Ruth Fischer und Thälmann nicht und später nur zurückhaltend ... zur Kenntnis nahm.“ (S. 141), daß sie also in der Tat nicht grundsätzlicher Art waren.

Es kann kaum überraschen, daß Czichon und Marohn eine sehr eigene Sichtweise auf die Ereignisse und Entwicklungen innerhalb der KPD in Zusammenhang mit dem VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale im Sommer 1928 und insbesondere der anschließenden sogenannten Wittorf-Affäre haben: Sie praktizieren, was sie anderen vorwerfen – eine selektive Sicht auf die überlieferten Dokumente. Dadurch „übersehen“ sie, daß die Auseinandersetzung mit den sogenannten Parteirechten und Versöhnern, die

nicht nur in der KPD, sondern in allen Mitgliedsparteien der Komintern geführt wurde, weniger inhaltlicher Natur war als vielmehr durch die Machtkämpfe innerhalb der KPdSU, also zwischen Stalin und Bucharin, bestimmt wurde. (Auch an anderer Stelle ignorieren sie die unmittelbaren Wirkungen der Moskauer Machtkämpfe auf die internationale kommunistische Bewegung. Lediglich im Falle Trotzki gehen sie näher darauf ein, geben hier aber den tatsächlichen oder unterstellten inhaltlichen Differenzen gegenüber den persönlichen Machtambitionen ein entscheidend höheres Gewicht. Selbst die Moskauer Prozesse 1936-1938 sehen sie ausschließlich als eine Folge von „Stalins undifferenzierter und militanter Auseinandersetzung mit dem Trotzkiismus“ (S. 834)) Vor allem jedoch sind Czichon und Marohn nicht bereit und in der Lage, den zäsursetzenden Charakter der Wittorf-Affäre – nicht nur für die KPD, sondern für die gesamte kommunistische Bewegung – zu sehen und als historische Tatsache zu akzeptieren.

Czichon und Marohn versuchen nachdrücklich, die entscheidende Rolle Stalins bei diesem Vorgang herunterzuspielen. So kann man in Zusammenhang mit den Gesprächsrunden Anfang Oktober 1928, zu denen Vertreter der KPD, unter ihnen Thälmann und Ewert, nach Moskau bestellt worden waren, lesen: „Stalin, der lediglich an der zweiten Gesprächsrunde teilnahm, griff nicht in die Diskussion ein. Doch er dürfte mit der Meinung Molotows übereingestimmt haben.“ (S. 391) Kein Wort davon, daß umgekehrt Molotow hier die Meinung Stalins vertrat, denn dieser hatte bereits in den frühen Morgenstunden des 1. Oktober 1928, noch während seiner Rückreise aus dem Urlaub, in einem Telegramm an Molotow das Verdikt über Ewert und Eisler, der für die Veröffentlichung des ersten ZK-Beschlusses zur Wittorf-Affäre verantwortlich war, gesprochen.

Sehr eigenwillig und begrenzt – um es vorsichtig zu formulieren – ist auch die Beschreibung, die Czichon und Marohn vom Verhältnis zwischen Thälmann und Stalin geben: „Thälmann hatte zu Stalin ein kameradschaftliches Verhältnis und brachte ihm als Generalsekretär der KPdSU(B) großes Vertrauen entgegen. Doch für Stalin war

Thälmann nicht seine Vertrauensperson in der Führung der KPD...“ (S. 457).

Czichon und Marohn stellen richtig fest, daß es der KPD und ihrer Führung nicht gelang, einen Faschismusbegriff zu finden und zur Grundlage der Politik zu machen, der den Erfordernissen der Zeit gerecht wurde. Sie konstatieren zutreffend, daß zwischen „Sozialdemokraten und Nationalsozialisten keine grundsätzlichen Unterschiede“ gesehen wurden. Den Begriff „Sozialfaschismus“, der von der KPD und ihrer Führung in jener Zeit inflationär zur Diffamierung der Sozialdemokratie verwendet wurde, erwähnen Czichon und Marohn jedoch nur sehr verschämt. Dafür behaupten sie allen Ernstes, daß es gerade Thälmann gewesen sei, der bis 1933 verschiedene Versuche unternommen habe, diese „undifferenzierte Einschätzung der Klassenkräfte“ zu überwinden (S. 449). Und an anderer Stelle: „Die KPD-Führung vermochte es trotz aller Anstrengungen nicht, sich rechtzeitig gegen diese Dogmen durchzusetzen.“ (S. 624). Ein solche Feststellung von Czichon und Marohn kann nur noch als zynisch bezeichnet werden: Diejenigen Persönlichkeiten in der KPD, die Thalheimer, Brandler, Ewert, Meyer usw., die zu einer wirklichen Analyse der politischen Verhältnisse und zu den notwendigen Schlußfolgerungen für die Politik der KPD fähig gewesen wären, waren in den Jahren zuvor unter entscheidender Mitwirkung von Thälmann – und in nicht wenigen Fällen auf seine persönliche Initiative hin – aus der Partei gedrängt oder innerhalb der Partei mundtot gemacht worden.

Hinsichtlich der Bewertung einiger historischer Ereignisse bleiben Czichon und Marohn sogar hinter den Erkenntnissen und Feststellungen in der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ aus dem Jahre 1966 zurück. Während zum Beispiel in dem „Achtbänder“ eine politische Verantwortung von Funktionären der KPD für die Erschießung von zwei Polizeioffizieren auf dem Bülowplatz am 9. August 1931 anerkannt wurde, behaupten Czichon und Marohn allen Ernstes, daß zwar der Schußwaffengebrauch der Polizei unstrittig sei, „über die weiteren Vorgänge ... aber (nur) Deutungen und Legendenbildungen“ existieren. Und weiter: „Der Tod der beiden Polizeioffiziere ist

niemals aufgeklärt, aber nachhaltig verklärt worden.“ (S. 545) Auch eine Tatbeteiligung Erich Mielkes ist in ihrem Verständnis nicht erwiesen, denn seine handschriftlichen Lebensläufe, in denen er auch die „Sache auf dem Bülowplatz“ erwähnt hatte, seien für den Prozeß 1992-1993 „mit nicht legalen Methoden beschafft“ worden (S. 546).

Nicht einmal eine ganze Seite widmen Czichon und Marohn den Umständen der Verhaftung von Thälmann am 3. März 1933, es wird lediglich die Tatsache konstatiert. Eigene Erkenntnisse haben sie nicht beizusteuern (S. 683). Trotzdem verzichten Czichon und Marohn nicht darauf, Ronald Sassning, der insbesondere in den neunziger Jahren viel zu diesem Thema geforscht und publiziert hat, als einen „ideologisch gewendete(n) Historiker“ zu diffamieren, der „Fakten und Gerüchte ... präventios und teils böswillig interpretiert“ habe (S. 1084).

Bemerkenswert ist die Feststellung von Czichon und Marohn, daß Himmler bereits vor dem 20. Juli 1944 mit seinen Bemühungen begonnen haben soll, von Hitler eine Genehmigung für die Tötung Thälmanns zu erhalten. Allerdings bleiben sie – im Grunde nicht überraschend – jeden Beweis für diese These schuldig. Dafür ist es diesmal nicht Sassning allein („Dass mit dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 das ‚Auslösesignal‘ gegeben wurde, ist Sassnings Deutung“), der Zielscheibe ihrer „Kritik“ ist. Vielmehr werfen sie auch den „Ermittler(n) in der Hauptabteilung IX/11 des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR“ und den Autoren um Bernd Kaufmann (Der Nachrichtendienst der KPD 1919-1933, Berlin 1993) vor, „zwar ein umfangreiches Material zur Ermordung Thälmanns zusammengetragen“ zu haben, dieses Material „jedoch nur unzureichend analysiert“ zu haben. Eine Begründung für diesen Vorwurf bleiben sie schuldig (S. 866).

In Zusammenhang mit den letzten Haftjahren Thälmanns und der in dieser Zeit erfolgten Auflösung der Komintern widmen Czichon und Marohn dem „Schicksal deutscher Kommunisten in der UdSSR“ (S. 833 ff.) einen eigenen Abschnitt. Doch dieser Abschnitt gerät letztlich zu dem grotesken Versuch, der PDS die Verantwortung dafür zuzuschreiben, daß durch die SED-Führung, namentlich

werden Honecker und Hager genannt, dieses Thema nicht öffentlich gemacht wurde. Wörtlich schreiben sie: „Alle Opfer des NKWD-Terrors wurden ... in der DDR von der ZPKK der SED politisch rehabilitiert. Die SED vermochte es bis 1988 jedoch nicht, zu dieser Problematik eine öffentliche Stellungnahme auszuarbeiten. Erst im 2. Band der Geschichte der SED von 1989 hatten Erich Honecker und Kurt Hager sich entschließen können, der in der Stalinzeit ermordeten Kommunistinnen und Kommunisten zu gedenken. Doch es war für eine öffentliche Rehabilitierung zu spät. Das Buch wurde 1990 von der PDS nicht mehr publiziert.“ (S. 839)

Zusammenfassend muß festgestellt werden: Czichon und Marohn ist es nicht gelungen, ein Thälmann-Bild zu zeichnen, das in seiner Widersprüchlichkeit und Komplexität dieser großen Persönlichkeit der deutschen und internationalen kommunistischen Bewegung gerecht wird. Sie haben in nicht wenigen Fällen „Geschichtsrevisionismus“ gerade dort gesehen, wo sie Verbündete für ihre Sache hätten finden können. Sie haben keinerlei – notwendige und berechnete – Kritik an Thälmann zugelassen. So ist ein Buch entstanden, das außer den Autoren niemand braucht.

Ronald Friedmann

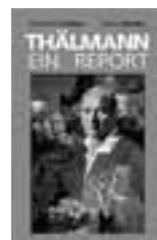
Dieser Artikel erschien im Rundbrief 3-4/2010 der AG Rechtsextremismus / Antifaschismus der Partei DIE LINKE. Der Rundbrief erscheint bei Bedarf, in der Regel einmal je Quartal, und wird herausgegeben von der AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Bundesvorstand der Partei DIE LINKE.

Adresse: Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Telefon: 030 24009-236

Telefax: 030 24009-215

E-Mail: r.zilkenat@gmx.net



E. Czichon / H. Marohn  
/ R. Dobrawa :  
»Thälmann - Ein  
Report«  
Thälmann, seine  
Partei und die  
kommunistische  
Weltbewegung

ISBN 978-3-939828-56-3, Paperback, 2 Bände, 1184 Seiten, im Schubert, 32,- €

# Gedankenwelt Chinas als rationaler Gegenentwurf

## Rezension

Der Rezensent ist freidenkerischem und emanzipatorischem Denken gegenüber sehr aufgeschlossen, hat allerdings nur wenig Vorwissen von ostasiatischer Philosophie. Offensichtlich gehört er aber gerade deswegen zur Zielgruppe dieses Buches, das die Herausgeber derartig postulieren: „China boomt und neben wirtschaftlichen Interessen wächst das Bedürfnis nach einem Verständnis der chinesischen Geisteswelt, einem Denken, das nahezu ein Viertel der Menschheit beeinflusst. In diesem Buch wird eine Einführung in die Geschichte der chinesischen Philosophien und Denkrichtungen vor dem Hintergrund der langen geschichtlichen Entwicklung gegeben und deren Wechselbeziehung zu den kulturellen, politischen und religiösen Strömungen dargestellt.“ Da fragt man sich, warum solche Bücher nicht schon lang den Markt überschwemmen. Tatsächlich füllt es aber eine Lücke, denn Gesamtdarstellungen – von der Frühzeit bis in unsere Tage – über diese Thematik bietet der deutsche Buchmarkt bisher noch kaum.

Auch zielt die Stoßrichtung gleich mit aller Polemik und in aufklärerischer Intention gegen die esoterischen Konkurrenzideologien: „Philosophie aus Ostasien wird in Europa noch immer häufig mit ‚Spiritualität‘ in Verbindung gebracht. Der westliche Buchmarkt ist regelrecht überschwemmt von Literatur, bei der eine jahrtausendealte Kultur reduziert wird, etwa auf religiösen Daoismus mit seinen zweifelhaften Lebensverlängerungselixieren, pseudowissenschaftlichen Ausdeutungen von Feng Shui (‚Wind und Wasser‘) bis hin zu Weissagungs-Orakeln aus dem [Buch] Yi Jing. Viele dieser Autoren nehmen die Leser mit auf einen Weg zu einer mystisch-spirituellen Überlieferung. Manche Titel versprechen dem Käufer sogar ‚Nie wieder müde‘ zu werden, wenn man Qi gong, (‚Krafthauch‘ und ‚Leistung‘) nach deren Anleitung praktizieren würde. Unter Vermeidung rationaler Er-

klärungen werden so trivial-abergläubische Deutungen verkauft und suggerieren daraus Schlüsse auf das reale menschliche Alltagsleben.“ Unverkennbar ist der polemische Unterton des Freidenkers und populärwissenschaftlichen Publizisten Jestrabek, der für dieses Buch allerdings die Sinologin Yi Jali als Co-Autorin gewinnen konnte. Somit ist fachliche Kompetenz und Sachlichkeit gewährleistet. Wahrscheinlich kommen daher auch die für uns Europäer noch sehr ungewohnten Schreibweisen, von Kōng FūZǐ für Konfuzius bis Zhōng guó „Reich der Mitte“ für China. Das ist weitgehend noch unüblich und gewöhnungsbedürftig, auch wenn es den Empfehlungen der offiziellen chinesischen Transkription der chinesischen Schrift Hanyu pinyin entspricht.

Der vorliegende Streifzug durch die lange Geschichte Chinas – mit vielen Abbildungen, allgemeingeschichtlichen und literaturhistorischen Einschüben – versucht so aufklärerische Traditionen rationaler und diesseitiger Strömungen des östlichen Denkens in den Mittelpunkt zu stellen. Die Leser begegnen hierbei zahlreichen Denkschulen im Reich der Mitte, die materialistische oder rationalistische Ansätze verfolgen. Und es wird mit einem Seitenhieb auf den Eurozentrismus betont, es handele sich „um eigenständige Traditionen, die aus den Gegebenheiten der chinesischen Gesellschaft und den Positionen der traditionellen chinesischen Philosophie entstanden“ seien und „nicht nur um einen ‚Import‘ der europäischen Aufklärung“. Sogar bei vom Ausland übernommenen Lehren, die in China sehr einflussreich wurden (Buddhismus aus Indien, Liberalismus und Marxismus aus Europa), haben diese „bei ihrer Transformation eine deutlich spürbare Sinisierung und Inhaltsverschiebung“ erfahren.

Bemerkenswert sind durchaus die wiedergegebene originellen Gedanken des Kongfuzi (um 551-479

v.u.Z.): „Wo soll man so viel Zeit hernehmen, sich auch noch um Götter und Dämonen zu kümmern?“; solche des Wang Chong (27-97 u.Z.): „Natürliche Erscheinungen haben nichts mit dem Himmel und nichts mit dem Gott zu tun. – Wenn ein Mensch töricht ist, betet er eifrig um ein glückliches Schicksal.“; bis hin zu Lu Xun (1881-1936): „Da ihre Worte nicht mit ihren Taten übereinstimmten, machten sie sich nur unbeliebt. Wer die Pfaffen nicht mag, hasst auch ein pfäffisches Auftreten“ und der dem Buch titelgebenden Aufforderung des Deng Xiaoping (1904-1997): „Die Wahrheit in den Tatsachen suchen“.

Das Buch unternimmt also den Versuch, um „Aufklärung bemühte Philosophen in kurzen biographischen Abrissen und in deren wichtigsten Aussagen, im Kontext ihrer Zeit, darzustellen. Durch die Darstellung bislang in Europa viel zu wenig beachteter Denker (und einiger Denkerinnen) möchte es dazu beitragen, vorherrschende Klischeevorstellungen über die Gedankenwelt des ‚Fernen Ostens‘ zu revidieren.“ Das scheint diesem Projekt durchaus gelungen zu sein.

Ralph Metzger



Heiner Jestrabek, Ji YaLi: Die Wahrheit in den Tatsachen suchen. Aufklärung, Rationalismus und freies Denken in der chinesischen Philosophie  
1. Auflage 2011, 200 S., ISBN 978-3-922589-

50-1. Softcover, 14 €.

Verlag freiheitsbaum edition Spinoza  
Reutlingen, in Zusammenarbeit mit DfV  
Ostwürttemberg e.V. (Bestelladresse:  
Hellensteinstr. 3, 89518 Heidenheim, Tel.:  
07321-42849, Fax: 07321-42892, eMail:  
dfv-ostwuerttemberg@t-online.de)

# 3,9 Millionen Arbeitslose

## Zeit zu handeln statt zu tricksen

Schlechte Meldungen kann die Bundesregierung nicht gebrauchen. Deshalb bleibt sie dabei, die Arbeitslosenzahlen schön zu rechnen. Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben oder an Weiterbildungen teilnehmen, werden bereits seit längerem nicht als arbeitslos gezählt. Viele der Arbeitslosen, die älter als 58 sind, erscheinen nicht in der offiziellen Statistik. Im Mai 2009 kam eine weitere Ausnahme hinzu: Wenn private Arbeitsvermittler tätig werden, zählt der von ihnen betreute Arbeitslose nicht mehr als arbeitslos, obwohl er keine Arbeit hat.

Wer die tatsächliche Arbeitslosigkeit erfassen will, muss ehrlich

rechnen. Dazu sagte der damalige Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD) am 4. Juni 2009 in der Fernsehsendung Panorama: „Alles, was an Effekten durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen entsteht, wird jedes Mal zusammen mit der Arbeitsmarktstatistik veröffentlicht. ... Ich glaube, dass man sich auf die Seriosität dieses Prozesses verlassen kann.“ Wer anders rechnen wolle, könne ja „seine Zahl veröffentlichen - und dazu ein Flugblatt drucken.“ Das tun wir gern.

Hier ist die tatsächliche Zahl, die allein auf amtlichen Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit beruht. Im Juni 2011 sind immer noch über 3,9 Millionen Menschen

<b>Offizielle Arbeitslosigkeit im Juni 2011</b>	<b>2.893.341</b>
Nicht gezählte Arbeitslose	1.069.543
davon:	
Älter als 58, beziehen Arbeitslosengeld I und/oder ALG II	357.448
Ein-Euro-Jobs (Arbeitsgelegenheiten)	203.015
Fremdförderung	71.624
Beschäftigungsphase Bürgerarbeit	6.988
Berufliche Weiterbildung	180.641
Eignungsfeststellungs- u. Trainingsmaßnahmen	104
Aktivierung und berufliche Eingliederung	162.104
Beschäftigungszuschuss (für schwer vermittelbare Arbeitslose)	15.938
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	1.284
Kranke Arbeitslose (§126 SGB III) 70.397	70.397
<b>Tatsächliche Arbeitslosigkeit</b>	<b>3.962.884</b>

*Quellen: Bundesagentur für Arbeit: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland. Monatsbericht Juni 2011, Seite 67. Die dort aufgeführte Altersteilzeit sowie Gründungszuschüsse und sonstige geförderte Selbstständigkeit haben wir in der Tabelle nicht berücksichtigt. Die dort ebenfalls aufgeführten älteren Arbeitslosen, die aufgrund verschiedener rechtlicher Regelungen (§§ 428 SGB III, 65 Abs. 4 SGB II, 53a Abs. 2 SGB II u.a.) nicht als arbeitslos zählen, sind enthalten in der Gruppe Älter als 58, beziehen Arbeitslosengeld I oder ALG II. Diese große Gruppe der älteren ALG-Bezieher, die nicht als arbeitslos gelten, ist nicht vollständig im Monatsbericht ausgewiesen, sondern mit Stand März 2011 in einer Sonderauswertung der Bundesagentur für Arbeit abgefragt worden.*

Nachdruck aus: LINKERBLICK



Herausgegeben vom Kreisverband Zwickau der Partei DIE LINKE

Kontakt: DIE LINKE.

08056 Zwickau, Leipziger Straße 14,

Tel.: 0375/212676, Fax: /212749,

Mail: libli-zwickau@web.de

Anzeigen



### Einblicke in die Grauzone

Wo unpolitisch oftmals rechts ist

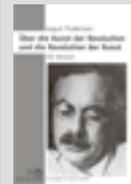
Kostenloses Probeexemplar:  
Antifaschistisches Infoblatt  
Gneisenastr. 2a | 10961 Berlin  
mail@antifainfoblatt.de  
www.antifainfoblatt.de

Einzelexemplar 3,10 Euro  
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

### August Thalheimer

#### Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst

#### Ein Versuch



Broschüre, DIN-A5  
80 Seiten, 6,- €  
Herausgegeben von  
Heiner Jestrabek.

Das Essay des oppositionellen Kommunisten Thalheimer entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Ein großer Teil der Schriften Thalheimers aus dem kubanischen Exil ging verloren. Jetzt liegt dieser wichtige Text erstmals vollständig vor. Mit editorischen Vorbemerkungen und einer Einführung von Theodor Bergmann.

#### Bestellungen an:

T. Gradl,  
Postfach 910307,  
90261 Nürnberg

# Ein offener Sozialismus

Was könnte dem „grossen Krach“ im globalen Kapitalismus folgen? Elmar Altvater stellt ihm einen solaren und solidarischen, Beat Ringger seinen „offenen“ Sozialismus als Alternative entgegen.

## Rezension

Altvaters jüngste Schrift nimmt den Finanzcrash als Ausgangspunkt einer umfassenden Krisen- und Kapitalismusanalyse und geht bei den Zukunftsperspektiven speziell auf die Energiewende ein. Der nicht erst heute systemkritische Politikwissenschaftler kommentiert deutsch und deutlich: Mit der Begründung, „das System“ sei in Gefahr und „Sachzwänge“ erlaubten keine Alternativen, erfolge derzeit eine „grandiose Umverteilung zu Lasten der Arbeit und zu Gunsten des Geldes“. Willfährig geschützten Regierungen die Finanzmärkte. „Der Kapitalismus verlangt in der Krise seine Opfer“, und die werden von der Politik nun „den Finanzmarktgewaltigen dargebracht. Auf der Strecke bleibt die soziale Substanz der demokratischen Ordnung.“ Mit viel Marx wird Schritt für Schritt erläutert, dass und warum es in dieser Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung immer wieder so oder ähnlich läuft. Das ist nicht auf „die Gier“ als „menschlicher Defekt“ zurückzuführen, sondern passt samt der

politischen Erpressung und dem „Schlamm der Korruption“ perfekt ins System.

### Solar, demokratisch, solidarisch



Wie das Gegenmodell – der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ – aussehen könnte, wird im Schlussteil vergleichsweise knapp umrissen. „Solar, demokratisch, solidarisch“ lauten die Stichwörter dazu. „Überschussproduk-

tion darf nicht auf Kosten der Natur und daher auf Kosten späterer Generationen erfolgen.“ Mit entsprechenden Leitplanken müsse die Politik der Ökonomie einen anderen Rahmen geben, ohne in Planungswahn zu verfallen. Märkte werden bleiben. „Eine Planung zur Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen scheitert schon deshalb, weil es viel zu kompliziert ist, sie zu erheben, zu bürokratisch, sie abzuwägen und viel zu autoritär, die Richtungen der Entwicklung zu bestimmen.“ Eine „keynesianische Konjunkturpolitik“ allein, selbst wenn sie grün eingefärbt wäre, genügt für die notwendige Konversion nicht. Aber der Staat müsste „nach mehreren Jahrzehnten der wilden Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Räume“ wieder vermehrt ins Spiel kommen. Können ihn soziale Bewegungen, Gewerkschaften und alternative Projekte dazu bringen, korrigierend beim gerechten Verteilen des Reichtums einzugreifen, Partizipation im Wirtschaftsbereich und eine ökologische Wende zu unterstützen? „Das wird schwierig, denn der Staat und auch die Mehrheit der Staatsbürger sind eher konservativ.“ So kam es, dass neoliberal geprägte Regierungen beim Krisenmanagement die Verluste eines frivolen Spiels „im Fall des Falles dem Steuerzahler aufhalsen konnten, dessen Geduld, wie sich mehrfach gezeigt hatte, kaum zu erschöpfen war“. Doch kommende Krisensind absehbar, und wir dürfen „nicht vergessen, dass im 20. Jahrhundert zwei Weltkriege geführt worden sind“. In den 1920er und 1930er Jahren war nach der Krise zumindest in Europa nicht die Linke, sondern der autoritäre und mörderische Faschismus erfolgreich.

Anzeige

## Aufenthaltsgesetz



Eine Einführung in die Ausländergesetze Deutschlands. Nach einem kurzen Gang durch die Geschichte wird die Situation dargestellt: Wie viele Menschen wandern jedes Jahr nach Deutschland ein? Wie viele kommen als Studenten, als Flüchtlinge, als Familienangehörige oder Arbeitskräfte? Wie viele wandern aus? Erläutert wird das Visum, die Aufenthaltserlaubnis, die Niederlassungserlaubnis. Im letzten Teil geht es um Bleiberecht und die Altfallregelungen, die von 1987 bis 2011 beschlossen wurden.

Reinhard Pohl: **Aufenthaltsgesetz**  
2011, 48 Seiten, 2 Euro

Online bestellen: [www.brd-dritte-welt.de](http://www.brd-dritte-welt.de)

### Wer präsentiert die Alternative?

Vor der Rechtsbewegung, die beim Versagen der Linken droht, warnt auch Beat Ringger. Leicht wird es nicht sein, politische Lösungen voranzubringen, „wenn diese den Interessen der herrschenden Eliten diametral widersprechen“. Die teuren Rettungspakete, mit denen der Staat die Finanzkonzerne vor dem Niedergang bewahrt hat, waren ganz in deren Sinn. Die finanzielle Schwächung der Staaten wird befördert, und selbst daran ist spekulativ zu verdienen! Teils

sind in den von Schuldenkrisen betroffenen Länder heute Linksparteien am Ruder; der griechische Regierungschef ist Präsident der Sozialistischen Internationale. Müsste ein linkes Bündnis unter Einbezug von Gewerkschaften und Bewegungen nicht radikal umsteuern? „Wozu, wenn nicht genau zu einer solchen alternativen Politik, sollte eigentlich eine Sozialistische Internationale nützlich sein?“ Wenn sogar linke Staatsführungen „die Kosten der Krise ihren Bevölkerungenaufbürden“, dann signalisiere dies, dass es keinen anderen Weg gebe.

Mit der gegen den neoliberalen und angepasst sozialdemokratischen Trend gesetzten „Aufforderung zu einer demokratisch-sozialistischen Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft“ erlaubt sich der politisierende Gewerkschafter bewusst eine Anmassung. Damit bezieht er sich auf August Friedrich von Hayek, einen Vordenker der Neoliberalen. Der hat den Sozialismus einmal als „verhängnisvolle Anmassung“ bezeichnet, als einen aussichtslosen Kampf gegen die Systemintelligenz der Marktwirtschaft. „Freiheit oder Sozialismus“ war die Parole dazu, der egoistische Homo oeconomicus das Ideal. Hinter der Vision eines „offenen Sozialismus“ steht ein anderes, „humanistisches“ Menschenbild. Wir sind „gesellschaftliche Wesen« und Unser Bewusstsein ist mit den gesellschaftlichen Umständen verknüpft. Wo «die blinden Kräfte der Kapitalakkumulation alle anderen Prozesse übersteuern“, endet die vernünftige, sinnvolle Gesellschaftsgestaltung.

### Von der Magie der Ideologie

„Während Jahrzehnten war es in aller Regel die politische linke, die für eine Überwindung von unsozialen, repressiven und unökologischen gesellschaftlichen Verhältnissen eintrat und in der Öffentlichkeit als gesellschaftsverändernde Kraft wahrgenommen wurde.“ Dass dies heute, zumal in unseren Breiten, kaum noch so ist, hat vielerlei Gründe. Einige nimmt der Autor gründlich unter die Lupe; die Tragödie des Stalinismus zum Beispiel. Doch nicht weniger Platz räumt er erfreulicherweise dem ein, was als Kern linker Vorstellungen einer anderen, global gerechteren Ordnung weiter Bestand

hat. Damit die „Magie der Denkfiguren“ nicht weiterhin nur als „Ideologie der Herrschenden“ gegen uns wirkt, muss zumindest ansatzweise konkret fassbar sein, wie zum Beispiel eine „demokratische Bedarfswirtschaft“ zu erreichen und zu gestalten wäre, „die weitaus erfreulichere Entwicklungsmöglichkeiten bietet als der Kapitalismus“.

Ringger wagt Konkretisierungen. Erwerbsauszeiten etwa, neue Formen der Beteiligung und Steuerung in einer erneuerten Wirtschaft. Erst mit materiellen Grundsicherungen und Zukunftsperspektiven für



alle wächst wirklich Demokratie und Freiheit heran. Dass dann Venezuela in der Momentaufnahme als „das wohl freieste Land der Welt“ aufscheint, mag provozieren. Immerhin sind Begründungen angeführt, auch aus eigener Anschauung. Bei der Wachstumsthematik scheint mir die Argumentation des Autors, der selber intensiv in der Umweltbewegung engagiert war und heute beim VPOD als Zentral-

sekretär arbeitet, zuweilen widersprüchlich. Wohlstand und Vollbeschäftigung stossen an Grenzen; daraus sind Konsequenzen zu ziehen und, dann auch konsequent durchzuziehen. Offensichtlich wird Nachhaltigkeit nicht allein mit Appellen oder Marktanreizen erreicht. Ist es deswegen falsch oder gar schädlich, „die gemeinsame Abwehr katastrophaler Ereignisse“ im Bereich der Umwelt als „eine Frage des Lebensstils“ zu thematisieren? Der sonst meist intellektuell redlich wirkende Text hat da einen eigenartig emotionalen Ton. Fairtrade, „bio“, auch die heikle Debatte um Verzicht verdienten als alternative Anstöße mehr als Hohn. Trotz der polemischen Schärfe sollten rote Grüne, sich der Herausforderung stellen.

Hans Steiger

Elmar Altvater: *Der grosse Krach. Oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen, von Politik und Natur. Westfälisches Dampfboot, Münster 2010, 261 Seiten, 19.90 Euro*

Beat Ringger: *Masst euch an! Auf dem Weg zu einem offenen Sozialismus. Mit einem Vorwort von Alex Demirovic. Westfälisches Dampfboot, Münster 2011, 211 Seiten, 24.90 Euro.*

#### Anzeige

#### Richard Müller – Eine Geschichte der Novemberrevolution

ISBN 978-3-00-035400-7

Neuausgabe aller Bände in einem Buch mit 756 Seiten zum Subskriptionspreis von 15 Euro + Porto – nur bis zum 01.11.2011 !

Ein Aktivist der Novemberrevolution von 1918 erzählt – über seinen Weg von der Fabrikhalle auf die Straße bis hin zum Vorsitzenden des „Berliner Vollzugsrats“, dem höchsten Räteorgan der Revolutionsära. Richard Müller verlangte weder sozialen Kapitalismus noch den Einparteiensstaat. Wie Hunderttausende kämpfte er für eine wirtschaftliche Demokratie auf Basis von Betriebsräten, in der die Arbeitenden selbst über Produktion und Politik entscheiden würden. Nach dem Scheitern der Revolution versuchte er, seine Ideale in der KPD umzusetzen, wurde jedoch schon 1922 aus der Partei ausgeschlossen.

In einer historischen Trilogie unter dem Obertitel „Vom Kaiserreich zur Republik“ zog Richard Müller in den Jahren 1924-1925 Bilanz. Er beschrieb, wie sich aus einer gewerkschaftlichen Friedensbewegung eine Revolution entwickelte und scheiterte. Seine drei packend erzählten Bände inspirierten Historiker wie Sebastian Haffner und Literaten wie Theodor Plivier, sie sind Standardwerk und Geheimtipp zugleich. Mit der vorliegenden Neuausgabe sind die Werke endlich wieder verfügbar, erstmals in einem Band versammelt.

Subskriptionspreis: 15 Euro + Porto (16,90 €); Buchhandelspreis: 19,95 €

Bestellungen an: DIE BUCHMACHEREI; Tel.: 030 81 85 77 59; Mail: diebuchmacherei@web.de; Fax: 03212 103 29 81

# Emanzipatorisches Denken in Jiddischen Liedern

## Rezension

Auch rational Denkende geraten bisweilen ins Schwärmen beim Genuss von Klesmorim genannter Volksmusiktradition des aschkenasischen Judentums, einer Tradition weltlicher, nichtliturgischer Musik, die hauptsächlich zu Hochzeiten und anderen Festen gespielt wurde. Ursprünglich bezeichnete Klesmer nur die Musiker. Als in den letzten Jahrzehnten in den USA und Europa ein regelrechtes Revival der jiddischen Musik erfolgte, wurde die amerikanische Schreibweise Klezmer zur Bezeichnung des musikalischen Genres, die bis dahin meist einfach nur jiddische Musik genannt wurde. Man denke nur an die New Yorker Gruppe Klezmatics.

Ist die jiddische Musik, die ursprünglich rein instrumental war, schon reizvoll, stehen in dieser Dokumentation die Texte im Vordergrund. Zeitgeschichtliche Einführungen machen die „Liederbuch-Dokumentation“ weniger zu einem besingbaren Liederbuch, mehr zu einem Lesebuch jiddischer Poesie und Sozialkritik. Kritisch bleibt deshalb auch anzumerken, dass zu wenig und zu kleine Notenbilder beigelegt sind.

Zudem wurde der Begriff „Freiheitslieder“ weiter gefasst und beinhaltet hier zu Volksliedern gewordene sozialkritische Gedichte, da „Die Geschichte der jiddischen Kultur ... sich sehr anschaulichst... in ihren Liedern wieder[spiegle].“ Dokumentiert werden über 130 Lieder von „Not und Hoffnung“, „Arbeit und Kampf“, Antifaschistische Lieder aus den Ghettos und der Partisanen, Lieder der Einwanderer nach den USA und „Neuere Lieder“. Die vielen Illustrationen, u. a. von Ephraim Moses Lilien, Künstlerporträts von geläufigen wie Friedrich Holländer, neben den vielen dem Rezensenten bisher unbekanntem wie Josef Bowschower, Ilse Weber, Morris Rosenfeld u.v.a.m., stellen allein schon einen hohen Informations- und Genusswert dar.

Die Einführung spannt einen großen Bogen und erzählt einen Abriss der ganzen Geschichte der Verfolgungen und nennt die christlichen Täter, erzählt aber auch von jiddischer Sprache und Literatur, der Aufklärung Haskala, Emanzipation und Assimilation, Antisemitismus, jüdischer Religion und „nichtjüdischen Juden“. Breiten Raum nimmt die jiddische Arbeiterbewegung des Allgemeinen Jiddischen Arbeiter-Bundes ein.

Interessant ist auch der Exkurs über Religionskritik. „Apikojeres“ (nach dem hedonistischen Philosophen Epikur, um 341-271 v.u.Z) nennen die frommen Juden die Freigeister und Säkularen. Dazu zählten auch ein Großteil der Assimilierten, Zionisten, Liberalen und natürlich die Sozialisten. Ein Ehrentitel, der bald eine Selbstbezeichnung wurde. Hier werden prominente Beispiele, wie Karl Marx, Moses Heß, Jakob Stern und Heinrich Heine zitiert, die über Religion als trostspendendes Rauschmittel philosophierten. Der Herausgeber konnte sich den versöhnlichen Schlusssatz nicht verkneifen: „Allen Apikojrim und Gläubigen sei es vergönnt, dass sie in einer zukünftigen gerechten und friedlichen Gesellschaftsordnung dieses Trostes nicht mehr bedürfen.“

Aber das Hauptanliegen der Dokumentation sind offensichtlich die Texte der dokumentierten Lieder. Bisher fehlten ausreichend zur Verfügung stehende Übersetzungen (Jiddisch besteht eben doch nur zu rund 70 % aus alten deutschen Dialekten). „Die dokumentierten Lieder sind in Jiddisch oder jiddischen Ursprungs (einige englische, deutsche, russische und neuhebräische finden sich auch darunter) und werden durch hochdeutsche Transkriptionen ergänzt. Der Herausgeber bediente sich bei den Transkriptionen und Übersetzungen aus dem Jiddischen schon bestehender Übertragungen ins Hochdeutsche, Englische oder aus dem so genannte ‚Jinglischen‘ (amerikanisches

Jiddisch).“ Dabei sah die Quellenlage so aus, dass unzählige Varianten und Schreibweisen des Jiddischen zu Vereinheitlichen waren und neue Übertragungen erfolgen mussten. Ältere Text- und Liederbücher, LP- und CD-Texthefte, Internet und Gehörtes floss mit ein. („Quellen und Literatur“ verweisen darauf.) Der Herausgeber versteht sich hier ausdrücklich als Werber zum Kauf der Tonträger (die leider häufig kaum mehr zu haben sind).

Es bleibt somit ein brauchbarer Reader, eben eine „Liederbuch-Dokumentation“. Schon allein die Einleitung und die erklärenden Zwischentexte – mit Beiträgen über die lange Geschichte der Verfolgungen, jiddische Sprache, Klesmer, Assimilation, Antisemitismus, Religion, Aufklärung, „nichtjüdische Juden“ und philosophische Religionskritik - vermitteln ein gänzlich neues Bild des Judentums, jenseits des vermeintlichen Mainstream. Klesmer werden wir künftig mit anderen Ohren hören.

Ralph Metzger

Heiner Jestrabek (Hg.): Lieder des Ghetto - Jiddische Freiheitslieder. freiheitsbaum Reutlingen - Edition Spinoza



1. Auflage  
2011, ISBN  
978-3-  
922589-51-  
1, Softcover  
140 S. 12 €.

Verlag  
freiheits-  
baum edition  
Spinoza  
Reutlingen,  
in Zusammen-  
arbeit

mit DFV Ostwürttemberg e.V. (Bestelladresse: Hellensteinstr. 3, 89518 Heidenheim, Tel.: 07321-42849, Fax: 07321-42892, eMail: dfo-ostwuerttemberg@t-online.de)

## Literaturliste

<b>K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition</b> eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag	1983, 234 Seiten , 14,00 €
<b>Die Bremer Linksradikalen</b>	66 Seiten, 2,00 €
<b>Register der „Arbeiterstimme“</b> 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989	je 1,00 €
<b>Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten</b> (Hrsg. Achim Kowalczyk)	<b>Sonderpreis</b> 192 Seiten, 5,00 €
<b>Immer noch Kommunist?</b> Erinnerungen von Paul Elflein	146 Seiten, 5,00 €
Theodor Bergmann: <b>Gegen den Strom</b> , Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe)	624 Seiten, 20,00 €
Jens Becker: <b>Heinrich Brandler</b> – Eine politische Biographie	510 Seiten, 20,00 €
Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: <b>Einführung in den dialektischen Materialismus</b> Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer)	1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
<b>Zurück in die Eierschalen des Marxismus?</b> Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer)	30 Seiten, 1,50 €
<b>1923, eine verpaßte Revolution?</b> Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer)	1931, 32 Seiten, 1,50 €
<b>Um was geht es? Zur Krise der KPD</b> (August Thalheimer)	1929, 32 Seiten, 1,50 €
<b>Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)</b>	1931, 75 Seiten, 3,00 €
<b>Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?</b> Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer)	1932, 34 Seiten, 1,50 €
<b>Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?</b>	1932, 27 Seiten, 1,50 €
<b>Volksfrontpolitik</b> , ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik	1974, 95 Seiten, 2,50 €
<b>Fluchtpunkte</b> , Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung	316 Seiten, 20 €
<b>Die Potsdamer Beschlüsse</b> , Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1945, 32 Seiten, 1,50 €
<b>Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg</b> (August Thalheimer)	1946, 27 Seiten, 1,50 €
<b>Weißer Flecken</b> , Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung	1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
<b>August Thalheimer and German Communism</b> – Revolutionary History	320 Seiten, 15 €
<b>Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion</b> (August Thalheimer)	1952, 43 Seiten, 1,50 €
<b>Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution</b> (Heinrich Brandler)	1950, 140 Seiten, 5,00 €
<b>Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion</b> , Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU	1974, 68 Seiten, 3,00 €
<b>Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie</b> (August Thalheimer)	1928, 54 Seiten, 2,00 €
<b>Der Weg der Gewerkschaften</b> , Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze)	1948, 181 Seiten, 4,00 €
<b>Ostblock - Westblock</b> , Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer)	7,50 €
<b>Der Faschismus in Deutschland</b> , Analysen und Berichte der KPD-Opposition	1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

**Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg**



**240 Seiten, Paperback,**  
**€ 12,-**  
 ISBN 3-00-010296-5  
 Herausgegeben  
 von der *Gruppe Arbeiterstimme*

Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

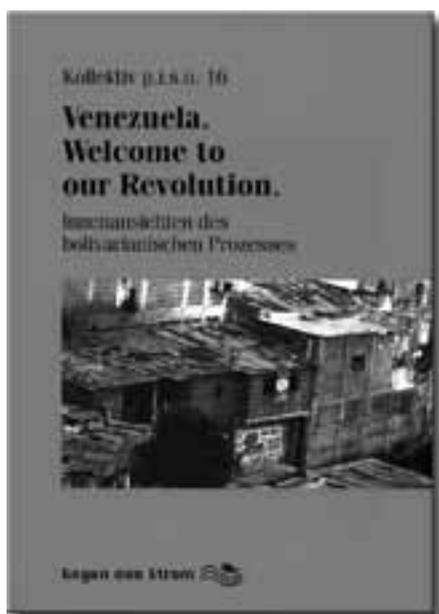
Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.



**510 Seiten, Paperback,**  
**€ 20,-**  
 ISBN 3-87975-767-4

## Venezuela – Welcome to our Revolution

Innenansichten des  
 bolivarianischen Prozesses



**168 Seiten, Paperback,**  
**€ 10,-**  
 ISBN 3-9809970-1-4  
 Herausgeber: Kollektiv p.i.s.o. 16

Bereits der Versuch, die sogenannte „bolivarianische Revolution“ in Kategorien zu fassen, die kompatibel zu linken Diskursen in Deutschland sind, ist schwierig: Befindet sich Venezuela bereits in einem revolutionären Transformationsprozess? Oder lässt sich die politische Realität besser als vorrevolutionäre Situation beschreiben, in der sich die gesellschaftlichen Widersprüche stetig verschärfen und in naher Zukunft zu einer weitergehenden Umwälzung führen werden? Oder sind beide Prozesse, der der Transformation wie der der Zuspitzung gleichzeitig vorzufinden, je nach gesellschaftlichem Bereich? Und welche Bereiche sind diesen Prozessen unterworfen – und welche (bislang) nicht?

Den Schwerpunkt des Buches bilden 18 Interviews, die im September 2004 in Venezuela geführt wurden.

**Bestelladresse:**  
**Gegen den Strom**  
**Schwanthalerstraße 139**  
**80339 München**  
**gds-verlag@gmx.de**

oder:  
**T. Gradl**  
**Postfach 910307**  
**90261 Nürnberg**



**624 Seiten, Paperback,**  
**€ 20,-**  
 ISBN 3-87975-836-0

**Bestelladresse:**  
**T. Gradl**  
**Postfach 910307**  
**90261 Nürnberg**